

## RT DE: News, Analyse und Meinung

### Artikel der Woche, 14.06.–20.06.2024

#### Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse .....	20
Meinung .....	30

#### News

##### **Putin nennt Bedingungen für Friedensgespräche mit der Ukraine**

<https://freedert.online/europa/209183-putin-nennt-bedingungen-fuer-friedensgespraeche/>

14.06.2024

**Russlands Präsident Wladimir Putin hat die konkreten Bedingungen für Friedensverhandlungen mit Kiew genannt. Diese sehen zunächst einen Abzug aller ukrainischen Truppen vom Territorium der vier Gebiete vor, die sich Ende 2022 Russland angeschlossen hatten. Kiew müsse diese sowie die Krim als Teil Russlands anerkennen. Zudem nannte Putin eine weitere Bedingung.**

Die Ukraine muss ihre Truppen aus den neuen russischen Gebieten abziehen, bevor sinnvolle Friedensgespräche beginnen können, sagte Russlands Präsident Wladimir Putin.

Moskau bestreitet die von Kiew beanspruchte Souveränität über fünf ehemals ukrainische Regionen, von denen sich vier im Zuge der anhaltenden Feindseligkeiten Russland angeschlossen haben.

Die Menschen in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den Gebieten Cherson und Saporoschje haben Ende 2022 mehrheitlich in Volksabstimmungen für die Loslösung von der Ukraine und dem Anschluss an Russland gestimmt. In allen vier Gebieten dauern die Feindseligkeiten in unterschiedlicher Schwere nach wie vor an.

Zudem hatte sich die Bevölkerung der Krim bereits im März 2014 in einem Referendum für die Wiedervereinigung mit Russland ausgesprochen, die kurz darauf erfolgte.

Die ukrainischen Truppen müssten vom Territorium der vier noch umkämpften Regionen abgezogen werden, sagte Putin am Freitag bei einem Treffen mit Außenminister Sergei Lawrow und anderen hochrangigen russischen Diplomaten.

*"Ich betone: das gesamte Territorium dieser Regionen, wie es durch ihre Verwaltungsgrenzen zum Zeitpunkt ihres Beitritts zur Ukraine [im August 1991] definiert war", erklärte Putin.*

*"Unsere Seite wird einen Waffenstillstand anordnen und Verhandlungen aufnehmen, sobald Kiew erklärt, dass es zu dieser Entscheidung bereit ist und mit dem tatsächlichen Abzug der Truppen aus diesen Regionen beginnt, und uns auch offiziell mitteilt, dass es nicht mehr plant, der NATO beizutreten", versprach der russische Staatschef.*

Putin nannte diese Bedingungen für Friedensverhandlungen, nachdem er zuvor die westlichen Unterstützer der Ukraine dafür verurteilt hatte, dass diese Kiew daran gehindert hätten, Friedensgespräche mit Moskau aufzunehmen, während sie gleichzeitig Russland vorwerfen, Verhandlungen abzulehnen.

*"Wir zählen darauf, dass Kiew eine solche Entscheidung über den Rückzug, den neutralen Status und den Dialog mit Russland, von dem die künftige Existenz der Ukraine abhängt, souverän, auf der Grundlage der aktuellen Gegebenheiten und geleitet von den wahren Interessen des ukrainischen Volkes und nicht auf Anweisung des Westens trifft", erklärte Putin.*

Er sagte ferner, dass sich der Westen nach dem bewaffneten Putsch in Kiew 2014 weiter in ukrainische Angelegenheiten eingemischt habe. Zum jetzigen Zeitpunkt werde Moskau einen eingefrorenen Konflikt nicht akzeptieren, der dies den USA und ihren Verbündeten ermöglichen würde, das ukrainische Militär wieder aufzurüsten und neu zu formieren. Die vollständige Lösung des Problems würde voraussetzen, dass Kiew die vier neuen Gebiete sowie die Krim als Teil Russlands anerkennt, betonte Putin.

Die Akzeptanz dieser Bedingungen werde es allen Beteiligten ermöglichen, das Blatt zu wenden und die beschädigten Beziehungen allmählich wiederaufzubauen, so der russische Präsident. Letztendlich könnte ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem geschaffen werden, das für alle Nationen auf dem Kontinent funktioniert, fügte Putin hinzu und wies darauf hin, dass Moskau dieses Ergebnis seit Jahren anstrebe.

\* \* \*

## **Putin reist bald nach Nordkorea – USA in Alarmstimmung**

<https://freedert.online/international/209162-moeglicher-besuch-putins-in-nordkorea/>

14.06.2024

**Vor 24 Jahren reiste Präsident Putin das erste und bisher einzige Mal nach Nordkorea. Berichten zufolge steht der zweite Besuch des Kremlchefs unmittelbar bevor. Die Meldung versetzt nun die USA und Südkorea in Alarmstimmung.**

Ein möglicher bevorstehender Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Nordkorea könnte die militärischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern vertiefen und damit gegen die

Resolutionen des UN-Sicherheitsrates verstoßen, so die Darstellung der Beamten Südkoreas und der Vereinigten Staaten am Freitag.

Der stellvertretende Außenminister Südkoreas, Kim Hong-kyun, erklärte in einem dringenden Telefongespräch mit dem stellvertretenden US-Außenminister Kurt Campbell, Putins Besuch dürfe nicht zu einer verstärkten militärischen Zusammenarbeit zwischen Pjöngjang und Moskau führen, die gegen die Resolutionen verstoße. Am Mittwoch sagte ein hochrangiger Beamter des Präsidentsamtes in Seoul, dass Putin voraussichtlich "in den kommenden Tagen" Nordkorea besuchen werde. Die russische Zeitung *Wedomosti* berichtete am Montag, Putin werde in den kommenden Wochen Nordkorea und Vietnam besuchen.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow lehnte es am Donnerstag ab, ein Datum oder eine Agenda für einen möglichen Besuch zu nennen, sagte aber, Russlands Recht, engere Beziehungen zu Nordkorea zu entwickeln, dürfe nicht in Zweifel gezogen werden und dürfe für niemanden eine Quelle der Angst sein.

Der stellvertretende Außenminister Nordkoreas, Kim Son Gyong, gab über die staatlichen Medien eine Erklärung ab, in der er Washington vorwarf, eine "ernsthafte politische Provokation" zu inszenieren, die darauf abziele, das Image Nordkoreas zu beflecken, indem es diese Woche eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates über die "Menschenrechtssituation" des Landes abhalte.

Russland hat Raketen und Artilleriegeschosse aus nordkoreanischer Produktion eingesetzt, um Ziele in der Ukraine anzugreifen, wie Beamte in Washington, Seoul und Kiew festgestellt haben.

In einem Interview mit *Bloomberg* teilte der südkoreanische Verteidigungsminister Shin Won-sik mit, dass Seoul mehrere Schiffscontainer aus Nordkorea auf dem Weg nach Russland entdeckt habe, die bis zu 4,8 Millionen Artilleriegranaten enthalten könnten. "Es wird erwartet, dass Putin eine noch engere Kooperation mit Nordkorea anstrebt, insbesondere für militärische Lieferungen wie Artilleriegranaten, die notwendig sind, um einen Sieg zu erreichen", so Shin.

Nordkorea und Russland haben Waffengeschäfte dementiert, aber versprochen, ihre Zusammenarbeit in allen Bereichen zu vertiefen, auch in den militärischen Beziehungen. In einer Aussage im März vor dem Kongress sagte die Direktorin des US-Geheimdienstes Avril Haines, dass Russland durch seinen Bedarf an Unterstützung im Krieg gegen die Ukraine gezwungen worden sei, Nordkorea sowie China und Iran einige "lang ersehnte Zugeständnisse" zu machen, "die unter anderem das Potenzial haben, seit langem geltende Normen zu untergraben". Mit den "Normen" ist vermutlich die Abmachungen zwischen Russland und Westen gemeint.

\* \* \*

## **Für Ukraine-Einsatz: NATO baut Hauptquartier in Deutschland auf**

<https://freedert.online/inland/209188-fuer-ukraine-einsatz-nato-baut/>

14.06.2024

**Die NATO plant einen eigenen Standort, um Waffenlieferungen und Ausbildungen für die Ukraine zu koordinieren. Dieser soll sich in Wiesbaden befinden. Damit eskaliert der Westen munter weiter gegen Russland.**

Das Hauptquartier für den geplanten NATO-Einsatz zur Koordinierung von Waffenlieferungen und Ausbildungsaktivitäten für die ukrainischen Streitkräfte wird in Deutschland angesiedelt. Wie die *dpa* am Freitag aus Bündniskreisen erfuhr, ist Wiesbaden als Standort vorgesehen. Dort ist zufälligerweise auch die Basis der US-Streitkräfte in Europa, die bislang die

Koordinierungsaufgaben wahrnehmen. Geleitet werden soll der Einsatz von einem Drei-Sterne-General, der direkt an den Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa berichtet.

Die NATO will von Wiesbaden aus die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte in Ausbildungseinrichtungen überwachen und die Ukraine durch die Planung und Koordinierung von Spenden unterstützen. "Durch die Verwaltung des Transfers und der Reparatur von Ausrüstung wird die langfristige Entwicklung der ukrainischen Streitkräfte unterstützt", meint NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg.

Nicht beteiligen wird sich an dem neuen NATO-Projekt Ungarn. Die dortige Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán befürchtet, dass das Bündnis durch das Projekt in eine direkte Konfrontation mit Russland getrieben werden könnte.

Der Schritt kann als weitere Eskalation des Westens gegenüber Russland betrachtet werden – mit Deutschland als führenden Akteur mittendrin. Denn wenige Stunden zuvor hat Russlands Präsident Wladimir Putin die konkreten Bedingungen für Friedensverhandlungen mit Kiew dargelegt.

\* \* \*

## **"Krieg in der Ukraine immer aussichtsloser" – Prominente SPDler fordern Scholz zum Umdenken auf**

<https://freedert.online/inland/209169-krieg-in-ukraine-immer-aussichtsloser/>

14.06.2024

**18 Sozialdemokraten haben einen dringlichen Appell an Bundeskanzler Olaf Scholz formuliert, in dem Verhandlungen mit Russland gefordert werden statt weitere Waffen für die Ukraine. Zu den Unterzeichnern gehören Ex-Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin und Peter Brandt, ein Sohn von Willy Brandt.**

"Der Krieg in der Ukraine wird für die Angegriffenen immer aussichtsloser. Es wird bereits jetzt auf hohem Niveau gestorben und amputiert, der Ukraine gehen die Männer aus", so die unmissverständliche Formulierung eines kritischen Appells, veröffentlicht von einer Gruppe von 18 SPD-Politikerinnen und -politikern, die sich "Baden-Württemberg-Gruppe" nennt. Die Unterzeichner fordern in dem Papier von Bundeskanzler Scholz, "in der Tradition der SPD als Friedenspartei" umgehend eigene "Friedensinitiativen", anstatt "nur amerikanische Entscheidungen nachzuvollziehen."

Der Appell liegt der *Südwest Presse* vor und wurde in einem Artikel in Auszügen zitiert. So heißt es unter anderem in dem Schreiben:

*"Diplomatie? Oder mit voller Kraft in eine weltweite Katastrophe? Wir fordern einen sofortigen Strategiewechsel! Statt militärischer Eskalation fordern wir einen Waffenstillstand und Verhandlungen (...) Die Alternative dazu ist die Fortsetzung des Blutvergießens und ein immer weiter steigendes Risiko, in einen großen Krieg hineingezogen zu werden, der auch zum Einsatz von Atomwaffen führen kann."*

Zu den Initiatoren heißt es in dem Artikel, dass der Text von "18 Sozialdemokraten aus dem linken Spektrum der Partei" verfasst wurde, darunter "etliche prominente Namen" wie Ex-Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin, Peter Brandt, ein Sohn von Willy Brandt, der Umweltwissenschaftler Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Ex-Umweltstaatssekretär Michael Müller sowie die langjährige Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis.

Ulrich Bausch, der Pressesprecher von der "Mehr Diplomatie wagen – Baden-Württemberg-Gruppe", wird in einem Artikel der *jungen Welt (jW)* mit den Worten zitiert:

*"Die Aufrufer verlangen ein Ende der Eskalation des Ukraine-Kriegs, einen Waffenstillstand und die Aufnahme von Verhandlungen der Konfliktparteien. Jetzt."*

Zudem fordere die Gruppe einen "friedenspolitischen Diskussionsprozess in der SPD". Aktuell könnte Russland "auf eigenem Territorium angegriffen werden. Erstmals seit dem Weltkriegsende", so Bausch im *jW*-Interview. Dies sei "ein Tabubruch". In dem Schreiben heißt es dazu:

*"Das ist eine Zäsur – gerade auch für die SPD."*

In der Pressestelle der SPD-Bundestagsfraktion war der Appell indes "am Donnerstag zunächst nur eines: unbekannt", heißt es in dem *jW*-Artikel. "Das heißt aber erst mal nichts", sagte eine Sprecherin im Telefonat mit *jW*. Eine schriftliche Anfrage blieb laut Artikel "bis Redaktionsschluss unbeantwortet".

Die vollständige Liste der Unterzeichner lautet:

Ismayil Arslan, Tübingen  
 Dr. Ulrich Bausch, Reutlingen  
 Prof. Dr. Peter Brandt, Berlin  
 Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Tübingen  
 Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Bundesjustizministerin a.D., Tübingen  
 Marc Dressler, Reutlingen  
 Reinhard Glatzel, Metzingen  
 Gislind Gruber-Seibold, Alfdorf  
 Rita Haller-Haid, Tübingen  
 Hans Georg Junginger, Weinheim  
 Ingrid Laitenberger-Schierle, Tübingen  
 Hilde Mattheis, Ulm  
 Michael Müller, Staatssekretär a.D., Düsseldorf  
 Thomas Puchan, Nehren bei Tübingen  
 Holger Rothbauer, Tübingen  
 Marlene Rupprecht, Schömberg i. Schwarzwald  
 Karlheinz Schierle, Tübingen  
 Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Emmendingen

\* \* \*

## **Machtkampf um Meeresstraßen: USA stehen wegen Huthi vor schwersten Kämpfen seit Zweitem Weltkrieg**

<https://freedert.online/der-nahe-osten/209186-machtkampf-um-meeresstrassen-usa-stehen/>

14.06.2024

**Der von den USA geführte Feldzug gegen die Huthi, der vom Krieg zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen überschattet wird, hat sich zur intensivsten Seeschlacht entwickelt, mit der die Marine seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert war.**

Die US-Marine hat sich jahrzehntelang darauf vorbereitet, die Sowjetunion und später Russland und China auf den Wasserstraßen der Welt zu bekämpfen. Doch statt einer Weltmacht findet sich die Marine nun im Gefechte mit der von Iran unterstützten Huthi-Bewegung im Jemen. Der von den

USA geführte Feldzug gegen die Huthi, der vom Krieg zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen überschattet wird, hat sich zur intensivsten Seeschlacht entwickelt, mit der die Marine seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert ist, wie US-Beamten und Experten gegenüber *The Associated Press* erklärten.

Der Kampf stellt die Marine vor die Aufgabe, die internationalen Wasserstraßen für die westliche Lieferkette offenzuhalten – im Kampf gegen eine Gruppe, deren ehemaliges Arsenal an Sturmgewehren und Pickups sich zu einem scheinbar unerschöpflichen Vorrat an Drohnen, Raketen und anderen Waffen entwickelt hat, kommentiert die amerikanische *AP*-Agentur. Seit November haben die Huthi fast täglich mehr als 50 Schiffe angegriffen, während der Schiffsverkehr in dem wichtigen Korridor im Roten Meer, der zum Suezkanal und ins Mittelmeer führt, zurückgegangen ist.

Die Huthi erklären, dass die Angriffe darauf abzielen, den Krieg in Gaza zu beenden und die Palästinenser zu unterstützen, obwohl sie zugleich versuchen, ihre Position im Jemen zu stärken. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass sich der Schlagabtausch zwischen Huthi und USA verschärfen wird – und damit in der Folge auch die Gefährdung von US-Marine-Soldaten, ihren Verbündeten und Handelsschiffen, hieß es weiter bei *AP*.

Fast jeden Tag – abgesehen von einer Pause während des heiligen muslimischen Fastenmonats Ramadan – starten die Huthi Raketen, Drohnen oder andere Arten von Angriffen im Roten Meer, im Golf von Aden und in der schmalen Bab-el-Mandeb-Straße, die die Wasserstraßen verbindet und Afrika von der Arabischen Halbinsel trennt.

Während der "Tankerkriege" in den 1980er Jahren im Persischen Golf kam es zu Gefechten mit der US-Marine, bei denen die Schiffe jedoch größtenteils auf Minen trafen. Bei den Angriffen der Huthi handelt es sich hingegen um direkte Angriffe auf Handels- und Kriegsschiffe.

Das Risiko besteht nicht nur auf dem Wasser. Die von den USA geführte Kampagne hat zahlreiche Luftangriffe auf Huthi-Stellungen im Jemen durchgeführt, darunter Radarstationen, Abschussrampen, Waffenlager und andere Orte, die das US-Militär als solche bezeichnet. Bei einer Welle US-amerikanischer und britischer Luftangriffe am 30. Mai wurden mindestens 16 Menschen getötet. Die Besatzungen des Flugzeugträgers "Eisenhower" haben im Rahmen der Kampagne mehr als 350 Bomben abgeworfen und 50 Raketen auf Ziele abgefeuert, sagte Kapitän Marvin Scott, der für alle Flugzeuge der Luftwaffengruppe verantwortlich ist. Inzwischen haben die Huthi offenbar mehrere MQ-9 Reaper-Drohnen mit Boden-Luft-Raketensystemen abgeschossen.

Während die USA und ihre europäischen Partner auf den Wasserstraßen patrouillieren, hat sich Saudi-Arabien weitgehend zurückgehalten, um ein Friedensabkommen mit den Huthi zu schließen. Berichten zufolge haben einige Staaten des Nahen Ostens die USA gebeten, von ihrem Boden aus keine Angriffe auf die Huthi zu starten, was die Präsenz der Eisenhower noch wichtiger macht. Der Einsatz des Flugzeugträgers wurde verlängert, während seine Besatzung seit seiner Entsendung eine Woche nach dem Hamas-Angriff auf Israel am 7. Oktober nur einen Hafen angelaufen hat. Unterdessen beeinträchtigen die Angriffe der Huthi weiterhin den Schiffsverkehr in der Region. Die Einnahmen Ägyptens aus dem Suezkanal – eine wichtige Quelle harter Währung für seine angeschlagene Wirtschaft – haben sich seit Beginn der Angriffe halbiert.

\* \* \*

## **Medwedew: Gesamte Ukraine könnte nach Willen ihrer Bewohner Teil Russlands werden**

<https://freedert.online/russland/209232-medwedew-gesamte-ukraine-koennte-nach-willen-ihrer->



[bewohner-teil-russlands-werden/](#)

15.06.2024

**Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates Dmitri Medwedew erklärt, dass alle ukrainischen Gebiete Teil Russlands werden können, wenn seine Einwohner dies wollen. Er warnt Kiew, dass die Entwicklungen im Ukraine-Konflikt katastrophale Folgen haben könnten.**

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates Dmitri Medwedew hat in einem Beitrag im sozialen Netzwerk VKontakte an die Idee der Schaffung einer "Pufferzone" erinnert, die vom russischen Präsidenten Wladimir Putin vorgeschlagen wurde, um das russische Territorium vor gegnerischen Angriffen zu schützen:

*"Die gesamte Ukraine könnte zunächst zur Pufferzone werden und dann, falls die Einwohner es wünschen, in die Russische Föderation eingegliedert werden."*

Er betonte, der Präsident habe dies nicht ausdrücklich gesagt, aber es sei klar, dass alle ukrainischen Gebiete Teil Russlands werden könnten, wenn die dort lebenden Menschen dies wünschen: "Die Ukraine könnte in diese Pufferzone bis zur Grenze zu Polen einbezogen werden, denn genau von dort geht die fortwährende Bedrohung aus."

Russlands ehemaliger Präsident warnt davor, dass die Entwicklungen im Ukraine-Konflikt für das Regime in Kiew katastrophale Folgen haben könnten:

*"Es ist offensichtlich, dass sich die Ereignisse nach einem katastrophalen Szenario für das Bandera-Regime entwickeln. Es wird nur noch schlimmer werden."*

Eine Alternative zur negativen Entwicklung der Ereignisse wäre die Aufnahme friedlicher Verhandlungen über die Beilegung des Ukraine-Konflikts. Putin erklärte am Freitag bei einem Treffen im russischen Außenministerium, dass, wenn Kiew und Europa das neue Friedensangebot Russlands ablehnen würden, die Bedingungen für Verhandlungen anders sein würden als zuvor. Medwedew kommentiert:

*"Alle neuen Gebiete sind gemäß der Verfassung Teil Russlands geworden. Und das für immer. Sind weitere Verhandlungen möglich? Ja, sie sind möglich. Genau das hat das Staatsoberhaupt heute formuliert, indem es eine neue Idee zur Beendigung des Konflikts vorbringt, jedoch unter Berücksichtigung der bestehenden Realitäten vor Ort auf der Grundlage des Istanbuler Abkommens und der geltenden Verfassung der Russischen Föderation."*

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrats Russlands glaubt, dass Wladimir Selenskij ein Gerichtsverfahren oder Lynchjustiz erwarte, während die Ukraine kapitulieren werde. Er hat betont, dass es nicht möglich sei, die Amtszeit des Präsidenten gemäß der Verfassung der Ukraine zu verlängern; diese gehe stattdessen auf den Parlamentspräsidenten über:

*"Der Verweis auf ihr Gesetz über den Ausnahmezustand hilft hier nicht: Wenn es keine Möglichkeit gibt, Wahlen abzuhalten, gehen die Befugnisse auf eine andere Person über (den Parlamentssprecher), werden jedoch keinesfalls verlängert. Genau auf dieser Position beharrte ihr Verfassungsgericht, als es am 16.05.2014 feststellte, dass die Befugnisse des Präsidenten nach Ablauf von fünf Jahren immer enden."*

Wenn Personen auf diese Weise Posten besetzten, sei dies unrechtmäßig und ihre Entscheidungen

rechtswidrig, erklärt Medwedew. Daher begehe jeder ukrainische Soldat ein Verbrechen, wenn er rechtswidrige Anweisungen von Amtsträgern ausführe, die von einer illegalen Regierung ernannt wurden.

*"So hat der Usurpator, der die Macht im Land übernommen hat, alle Bewohner der ehemaligen Ukraine als Geiseln genommen. Jeden Tag schickt er Soldaten in den Tod, ohne dazu irgendwelche Rechte zu haben."*

Medwedew fasste die Rede des Präsidenten auf der Konferenz des Außenministeriums am Freitag auf seinen Kanälen in den sozialen Netzwerken VKontakte und Telegram zusammen:

Russland habe Washington, Europa und der NATO mehrmals angeboten, den ukrainischen Konflikt von Anfang an zu lösen, um eine große Tragödie zu verhindern. Die Reaktion darauf seien nur zynische Manipulationen und direkte Täuschung gewesen. Das erste Mal sei dies 2014 geschehen, als das Versprechen des US-Präsidenten, die Ausschreitungen neonazistischer Kräfte in Kiew zu beenden, mit einem Staatsstreich geendet habe. Das Ergebnis sei das Referendum über die Rückkehr der Krim nach Russland gewesen, so Medwedew.

Das zweite Mal sei die Täuschung in die Minsker Abkommen gekleidet worden, die sich als abscheuliche Fälschung erwiesen und nur dazu gedient hätten, die Regierung in Kiew zu bewaffnen. Dies sei auch von den westlichen Unterzeichnern anerkannt worden.

Das dritte Mal sei dies nach Beginn der militärischen Sonderoperation mit dem erzwungenen Verzicht des Kiewer Regimes auf den Neutralitätsvertrag geschehen, den es selbst in Istanbul paraphiert habe. Dies sei das Ergebnis groben Drucks einiger US-Beamter, des britischen Exzentrikers Boris Johnson und der feigen Schwäche der herrschenden ukrainischen Clique gewesen, die Angst vor einem neuen Maidan gehabt habe.

\* \* \*

## **Kuba findet keinen Gefallen an Präsenz eines US-U-Boots in seinen Gewässern**

<https://freedert.online/international/209250-kuba-findet-kein-gefallen-an-praesenz-eines-us-u-boots-in-seinen-gewaessern/>

15.06.2024

**Seit dem 12. Juni ankern drei russische Kriegsschiffe und ein U-Boot im Hafen von Havanna. Der freundschaftliche Besuch im Karibikstaat macht den USA und Kanada erwartungsgemäß Sorgen. Die US-Marine hat gegen Kubas Willen ein U-Boot zu ihrem Stützpunkt Guantánamo geschickt.**

Kuba hat die Präsenz eines US-Bootes in seinen Hoheitsgewässern kommentiert, während sich drei russische Kriegsschiffe und ein U-Boot seit dem 12. Juni zu einem offiziellen Besuch in Havanna aufhalten. Der Vize-Außenminister des Karibikstaates, Carlos Fernández de Cossío Domínguez, räumte zwar im Gespräch mit der Journalistin Arleen Rodríguez Derivet ein, dass die US-Seite die kubanischen Behörden im Voraus über die Ankunft des US-U-Bootes USS Helena in der Bucht von Guantánamo informiert habe. Ein solcher Informationsaustausch werde schon seit Jahren gepflegt. Dennoch brachte der Diplomat das Missfallen der Regierung in Havanna zum Ausdruck. Mit Blick auf das US-U-Boot sagte er:

*"Natürlich gefällt es uns nicht, dass sich ein solches Schiff auf unserem Territorium aufhält und sich durch unsere Hoheitsgewässer bewegt, zumal es einer Macht gehört, die eine offen*



*feindselige Politik gegenüber Kuba betreibt."*

Dabei bemerkte Fernández de Cossío, dass Besuchen von Kriegsschiffen in anderen Ländern gewöhnlich eine Einladung vorausgehe. Dies sei allerdings nicht der Fall gewesen. Der Diplomat erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass die USA das Gelände des Marinestützpunktes Guantánamo illegal und gegen den Willen des kubanischen Volkes besetzen.

Am 12. Juni hatten die Fregatte "Admiral Gorskow", das Atom-U-Boot "Kasan", das Tankschiff "Akademik Paschin" und der Rettungsschlepper "Nikolai Tschiker" anlässlich des Tages Russlands im Hafen der kubanischen Hauptstadt Havanna Anker geworfen. Der offizielle Besuch der russischen Marine im Karibikstaat löste in den USA und in Kanada Sorgen aus. Am folgenden Tag erklärte die US-Marine, dass sich ihr Atom-U-Boot USS Helena routine- und planmäßig in der Region aufhalte. Die Nachrichtenagentur AP schrieb dagegen von einer "Demonstration der Stärke" im Kontext der russischen Marineübungen in der Karibik.

Das kubanische Außenministerium hob hervor, dass die russischen Schiffe keine Atomwaffen an Bord hätten und daher keine Bedrohung für die Region darstellten. Demnach würden die russischen Seeleute im Rahmen des Besuchs unter anderem ihren Kollegen freundschaftliche Besuche abstatten und Sehenswürdigkeiten auf der Insel besichtigen. Inzwischen durften die Bürger Kubas die "Admiral Gorskow" betreten, um sich das russische Kriegsschiff anzusehen. Laut Medienberichten war das Interesse des Publikums sehr groß.

\* \* \*

## **Ukraine-Friedensgipfel: Ein kolossales Fiasko – Mehr Polizisten als Zuschauer**

<https://freedert.online/schweiz/209304-ukraine-friedensgipfel-ein-kolossales-fiasko-mehr-polizisten-als-zuschauer/>

15.06.2024

**Die von der Schweiz organisierte Ukraine-Friedenskonferenz auf dem Bürgenstock sollte ein diplomatischer Erfolg werden, doch sie entwickelt sich zum Fiasko. Während die Schweizer Bevölkerung im Fußballfieber schwelgt und der Nationalmannschaft bei spannenden Spielen jubelt, scheint das Interesse am "teuren PR-Spektakel" verschwindend gering.**

Als ein Teil der Bevölkerung voll im Fußballfieber war – die Schweiz hatte Ungarn mit einem starken 3:1-Sieg zum EM-Start geschlagen –, zog gleichzeitig die Zurich Pride mit Partys, Umzügen und Zehntausenden von Teilnehmern die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich.

Das mangelnde Interesse an der Friedenskonferenz zeigt sich deutlich: Es waren mehr Polizisten als Zuschauer vor Ort. Die "Festung Bürgenstock" ist derzeit einer der am besten bewachten Orte der Welt, mit 4.000 Armeeinghörigen und zahlreichen Polizisten im Einsatz, um die Sicherheit der politischen Elite zu gewährleisten.

Niemand – nochmals, niemand – in der Schweiz interessiert sich für diesen Gipfel, außer vielleicht Schweizer Propagandisten, die nun versuchen, aus einer Nullnummer eine Sensation zu kreieren. Ein misslungener Versuch.

Kremlsprecher Dmitri Peskow erklärte, Russland habe den Teilnehmern des Schweizer Gipfels zur Ukraine nichts zu übermitteln.

Die Vorbereitungen zu diesem Gipfel waren so salopp und eifrig, dass nun die Fehler der Schweizer

Diplomaten in voller Pracht zum Vorschein kommen. So wurde aus dem Premierminister des Vereinigten Königreichs der "Präsident" des Vereinigten Königreichs Rishi Sunak.

Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro sagte seine Teilnahme in letzter Minute ab, weil die Konferenz keine freie Diskussion zulasse und die Ergebnisse vorab feststünden. Er betonte, dass das internationale Recht wiederhergestellt und vertieft werden müsse, anstatt Blockbildungen zu fördern.

### **Kamala Harris reist überraschend früher als geplant ab**

Inmitten dieses Chaos und der Verwirrung hat Kamala Harris, die Vizepräsidentin der Vereinigten Staaten, überraschend früher als geplant die Konferenz verlassen. Dies wirft weitere Fragen über die Sinnhaftigkeit und den Erfolg dieses Gipfels auf.

Ohne die Beteiligung Russlands stellt sich die Frage nach der Wirksamkeit der Konferenz. Bundeskanzler Olaf Scholz und andere europäische Leader betonen, dass ein echter Frieden in der Ukraine ohne Russland nicht erreichbar sei.

Warum ist Scholz überhaupt noch da?

Ach, die Antwort ist simpel: Scholz war sowieso auf dem Rückweg aus Italien nach Berlin. Warum also nicht einen Zwischenstopp für ein kostenloses Frühstück mit Blick auf den Vierwaldstättersee einlegen?

Es ist fast, als wäre dieser Gipfel ein angenehmer Brunch mit einer malerischen Aussicht, anstatt die Realität der Niederlage seiner Partei und die steigende Popularität der AfD zu analysieren.

Die enormen Sicherheitsmaßnahmen und die damit verbundenen Kosten stehen in keinem Verhältnis zu den Ergebnissen der Konferenz. Der Sondereinsatz hat viele kantonale Polizeikörper stark belastet, und in den nächsten Wochen müssen mindestens acht Kantone temporär Polizeiposten schließen, um Ressourcen zu schonen.

Der Ukraine-Friedensgipfel auf dem Bürgenstock ist ein teures Fiasko, das die Grenzen der Schweizer Diplomatie offenlegt. Und als der Friedensgipfel anfängt, verlangt die Ukraine mehr Geld von den Schweizern für einen weiteren Gipfel.

### **Ukraine will mehr Geld für Bürgenstock-2**

Für Kopfschütteln sorgte der Vorschlag von Andrei Jermak, dem Chef des ukrainischen Präsidialbüros, dass die Schweiz weitere solcher Gipfel organisieren soll – aber bitte ohne Russland. Je mehr, desto besser, denn die Schweizer Steuerzahler bezahlen ja.

Insgesamt zeigt sich, dass die Schweiz noch einen langen Weg vor sich hat, um in einer veränderten Welt ihre Rolle zu finden und effektiv auszufüllen. Der Ukraine-Friedensgipfel hat deutlich gemacht, dass hohe Erwartungen und mangelnde Vorbereitung zu einem Fiasko führen können, das nur schwer wiedergutzumachen ist.

\* \* \*

### **Stasi-Akte von Angela Merkel: Streit um Freigabe geht vor Gericht**

<https://freedert.online/inland/209352-stasi-akte-von-angela-merkel/>

16.06.2024

**Die Gerüchte, Angela Merkel habe zu DDR-Zeiten als "IM Erika" für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet, werden auch dadurch genährt, dass die Ex-Bundeskanzlerin die Freigabe der sie betreffenden Akten hartnäckig verweigert. Nun will ein Politiker die Öffnung gerichtlich erstreiten.**

Der Politiker Marcel Luthe (Freie Wähler) machte zuletzt bundesweit von sich reden, indem er vor Gericht die Freigabe der Akten zur Berliner Chaos-Wahl erstritt. Nun klagt Luthe, der auch Vorsitzender der "Good Governance Gewerkschaft" ist, nach eigenem Bekunden mit einem neuen Anliegen: Er will die Freigabe der Akten zu Angela Merkel erwirken, die das DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) über die damalige FDJ-Aktivistin und spätere Bundeskanzlerin angelegt hatte.

Dass es eine Stasi-Akte zu Angela Merkel gibt, hatte die inzwischen aufgelöste Stasi-Unterlagenbehörde offiziell bestätigt. Sie verweigerte jedoch all die Jahre die Freigabe der Unterlagen für die öffentliche Auswertung. Es handele sich um keine "Täter-Akte", weshalb es ohne Zustimmung der Betroffenen kein Recht der Öffentlichkeit auf Freigabe der Akte gebe. Die Zustimmung hatte Merkel bislang immer verweigert.

Gegenüber dem *Nordkurier* begründet Luthe seine Forderung so:

*"Es ist gesetzlich geregelt, dass derartige Akten auch ohne Zustimmung der Betroffenen herauszugeben sind, wenn sie Personen der Zeitgeschichte, Inhaber politischer Funktionen oder Amtsträger betreffen, soweit diese ihre zeitgeschichtliche Rolle, Funktions- oder Amtsausübung betreffen."*

Bei Merkel sei dies "ganz klar" der Fall, ergänzt der Politiker:

*"Durch ihre Funktion als Sekretär für Agitation und Propaganda in der FDJ-Leitung am DDR-Zentralinstitut für Physikalische Chemie ist Frau Merkel im Zeitraum der Ausübung dieser Funktion zugleich als Inhaber politischer Funktionen und Amtsträger zu betrachten. Sollte es Unterlagen aus dieser Zeit geben, die ihre damalige Funktions- oder Amtsausübung betreffen, sind mir diese deshalb ebenfalls vorzulegen. Im Herbst 1989 schloss sich Frau Merkel dann plötzlich der neu gegründeten DDR-Oppositionspartei 'Demokratischer Aufbruch' (DA) an, wo sie für den damaligen Parteivorsitzenden Wolfgang Schnur tätig war, der kurz darauf als IM enttarnt wurde."*

Bislang waren alle Versuche, den Zugang zu Merkel betreffenden MfS-Akten gerichtlich zu erreichen, erfolglos. Zuletzt hatte das Bundesarchiv, das die Akten seit Auflösung der Stasi-Unterlagenbehörde im Jahr 2021 aufbewahrt und verwaltet, die Ablehnung mit Nachteilen für das "Wohl des Bundes" begründet. Deshalb muss nach derzeitiger Gesetzeslage das Bundesverwaltungsgericht zunächst über die Freigabe der Akten an das Verwaltungsgericht Berlin entscheiden, bevor letzteres ein Urteil in der Hauptsache fällen kann.

Die Gerüchte, wonach Angela Merkel inoffizielle Mitarbeiterin des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit gewesen sei, halten sich seit Jahren hartnäckig. Zugeschrieben wird ihr dabei der Deckname "IM Erika". Merkel bestritt die Vorwürfe stets, weigert sich jedoch zugleich, in die Veröffentlichung der sie betreffenden Dokumente einzuwilligen.

\* \* \*

**Deutscher Markt zu ineffizient: Schweden bricht Bau neuer Stromtrasse**

## nach Deutschland ab

<https://freedert.online/europa/209374-deutscher-markt-zu-ineffizient-schweden/>

16.06.2024

**Eigentlich war es als neues Prestige-Projekt für die Energiewende geplant: die Hansa PowerBridge, die die Strommärkte Deutschlands und Schwedens verbinden sollte. Doch nun sagte Stockholm das Projekt ab. Grund: der unberechenbare und ineffiziente deutsche Strommarkt.**

Eigentlich war es als neues Prestige-Projekt für die Energiewende geplant: die Hansa PowerBridge, die die Strommärkte Deutschlands und Schwedens verbinden sollte. Doch nun verweigerte die schwedische Regierung überraschend die Genehmigung für die Untersee-Stromleitung. Einer der Gründe, den Stockholm anführte: der ineffiziente deutsche Strommarkt.

Die Hansa PowerBridge war dazu gedacht, erneuerbaren, hauptsächlich mit Wasserkraft produzierten Strom von den skandinavischen Ländern nach Deutschland zu bringen und zugleich durch Importe aus Deutschland die Stromversorgung in Südschweden zu sichern. Die dazu notwendigen Investitionen von rund 600 Millionen Euro sollten je zur Hälfte von der deutschen 50Hertz und der schwedischen Svenska Kraftnät getragen werden. Doch die schwedische Energieministerin Ebba Busch erklärte am Freitag:

*"Wir können Südschweden, das ein großes Defizit in der Stromproduktion hat, nicht mit Deutschland verbinden, wo der Strommarkt heute nicht effizient funktioniert."*

Das Projekt berge die Gefahr höherer Preise und eines instabilen Strommarktes in Schweden, so die Ministerin.

Im Gegensatz zu Deutschland ist der skandinavische Strommarkt in verschiedene Zonen unterteilt, welche Kosten und Nachfrage recht genau abbilden. In den nördlichen Ländern der Bundesrepublik gibt es ebenfalls Bemühungen, den Strommarkt in verschiedene Zonen einzuteilen. Hintergrund dessen ist, dass im Norden mittels Windkraft relativ viel günstiger Strom produziert wird. Dennoch muss man die vergleichsweise hohen Strompreise mittragen, da der Transport des Stromes in den Süden mitfinanziert muss. Die südlichen Bundesländer, insbesondere Bayern, lehnen den Vorstoß jedoch aus eigennützigen Gründen ab.

Auch aus dem Ausland gibt es seit Jahren Beschwerden über den deutschen Strommarkt: Aufgrund von Engpässen im Netz und des fehlenden Trassenbaus wird der Strom von Norden nach Süden teilweise über das Ausland umgeleitet. Zudem ist die Preisbildung durch den aufwendigen Nord-Süd-Transport für ausländische Stromexporteure nicht immer nachvollziehbar. Busch sagte diesbezüglich:

*"Schweden braucht berechenbare Bedingungen für den Aufbau der Stromerzeugung und der Stromnetze, die ein Stromsystem mit wettbewerbsfähigen Strompreisen begünstigen."*

50Hertz bezeichnete die Absage Stockholms als "verpasste Chance" zur Stärkung des europäischen Binnenstrommarktes. Die Hansa PowerBridge sollte ein bedeutender Schritt in Richtung einer engeren Verbindung der europäischen Stromnetze und einer nachhaltigen Energieversorgung sein. Das Unternehmen erklärte jedoch auch, dass die Versorgungssicherheit und Systemstabilität im Netz von 50Hertz trotz der Absage nicht beeinträchtigt sei.

\* \* \*

## **Myśl Polska: Russischer Generalstab verfolgt in der Ukraine "Strategie der tausenden Schnitte"**

<https://freedert.online/europa/209354-mysl-polska-russischer-generalstab-verfolgt/>

17.06.2024

**In einer umfassenden Analyse des Magazins "Myśl Polska" wird die derzeitige Strategie des russischen Generalstabs als erfolgreich beurteilt. Die ukrainische Armee könne auf Dauer dem russischen Druck mit "Tausenden Schnitten" an der gesamten Frontlinie nicht standhalten.**

Russischer Generalstab verfolgt in der Ukraine Strategie der "tausend Schnitte" beziehungsweise der "schleichenden Offensive". Zu diesem Schluss kommt das polnische Magazin *Myśl Polska* in einer Zusammenfassung zum aktuellen Frontgeschehen im Ukraine-Krieg. Der Autor der Analyse stellt fest, dass die russischen Truppen an verschiedenen Stellen vorrücken und die Offensive relativ langsam, aber stetig verläuft, während die Versuche der ukrainischen Streitkräfte, den Vormarsch zu verlangsamen, bisher erfolglos waren.

Die gestiegenen Waffenlieferungen aus dem Westen konnten den russischen Vormarsch nicht stoppen. Gleichzeitig haben die russischen Truppen noch nicht alle ihre Reserven eingesetzt und dünnen die ukrainischen Kampfesreserven hinter der Front mit Raketen- und Luftangriffen aktiv aus. Man nennt dies die "Strategie der tausend Schnitte", in Anlehnung an eine alte chinesische Hinrichtungsmethode, bei der vom Körper des Verurteilten nach und nach kleine Stücke abgetrennt werden.

Keine der einzelnen Episoden stellt eine strategische Bedrohung für die AFU dar, aber alle zusammen führen zu einem kontinuierlichen Anstieg der Verluste, die weder durch interne Reserven noch durch Nachschub aus dem Ausland ausgeglichen werden können.

Wie lange kann eine solche Offensive andauern und welche Ziele verfolgt sie? Das strategische Hauptziel besteht darin, der Ukraine die Fähigkeit zu nehmen, trotz westlicher Unterstützung einen Krieg zu führen. Dazu ist es notwendig, die ukrainischen Truppen zu zwingen, um besiedelte Gebiete zu kämpfen, was sie nicht können, denn die Aufgabe von Stellungen wirkt sich äußerst negativ auf die Stimmung der siegeshungrigen Gesellschaft aus.

Diese Kämpfe mit ständigen ukrainischen Gegenangriffen unter Artilleriebeschuss, Drohnen- und Bombenangriffen führen zu sehr hohen Verlusten, die in den letzten Monaten stetig zugenommen haben. Im tiefen Hinterland halten die systemischen Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur an, sodass Kiew ein kalter Winter bevorsteht, ohne dass die Möglichkeit besteht, die Situation ernsthaft zu ändern.

Können die westlichen Lieferungen Kiew in diesem Umfeld helfen? Sie werden eine gewisse Wirkung haben, aber die Mengen, die der Westen zu liefern gedenkt, reichen definitiv nicht aus, um die russische Offensive zu stoppen. Und sie wird so lange weitergehen, bis die ukrainischen Streitkräfte an dem einen oder anderen Frontabschnitt zusammenbrechen und den Weg für größere Operationen frei machen.

Das Magazin *Myśl Polska* (Polnischer Gedanke) wurde 1941 als Organ der Nationalen Partei gegründet. In der heutigen Medienlandschaft Polens vertritt das Medium neutrale oder gemäßigt prorussische Positionen. Aus diesem Grund sperrten polnische Behörden den Zugang zur Webseite des Magazins auf dem Territorium Polens.

### **Putins Plan zur Beilegung des Konflikts**

Um den Konflikt zu beenden, muss die Ukraine als Erstes ihre Truppen aus den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie den Regionen Cherson und Saporoschje innerhalb ihrer ursprünglichen Verwaltungsgrenzen abziehen, sagte der russische Präsident Wladimir Putin am Freitag. Zweitens müsse die ukrainische Führung auf den angestrebten NATO-Beitritt verzichten.

Gleichzeitig sollte sich die Führung der westlichen Länder und der Ukraine mit den neuen territorialen Gegebenheiten auseinandersetzen, betonte der russische Präsident. Diese seien die wichtigsten Voraussetzungen für anschließende Verhandlungen über die Beendigung des Konflikts.

Die Forderung wurde von Kiew und dem Westen erwartungsgemäß abgelehnt. "Putin ist nicht in der Lage, der Ukraine vorzuschreiben, was sie tun soll, um Frieden zu schaffen", sagte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg schlug im Gegenzug vor, dass Russland seine Truppen aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet abzieht.

\* \* \*

## Ukraine vor Staatsbankrott?

<https://freedert.online/international/209467-ukraine-vor-staatsbankrott/>

17.06.2024

**Zwei Jahre lang musste die Ukraine auf ihre alten Schulden keine Zinsen zahlen. Im August endet dieses Moratorium. Die Regierung in Kiew und die internationalen Gläubiger werden sich aber nicht einig – Kiew verlangt mehr als 20 Prozent Schuldenerlass.**

Seit Anfang Mai fordern Gläubiger von der Ukraine, die Zinszahlungen für alte Kredite in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar im nächsten Jahr wiederaufzunehmen. Diese waren mit Beginn der militärischen Sonderoperation Russlands für zwei Jahre ausgesetzt worden. Diese Vereinbarung endet allerdings im August.

Problem dabei sind nicht nur die privaten Gläubiger, darunter Pimco (eine Tochter der Allianz) und BlackRock, die Zinszahlungen in Höhe von 500 Millionen US-Dollar jährlich erwarten. Der Wert ukrainischer Schuldverschreibungen ist gewaltig gefallen: Ein US-Dollar Nennwert besitzt bei demnächst fälligen Anleihen nur noch einen Marktwert von 25 bis 30 Cent. Verglichen mit der tatsächlichen Frontlage ist selbst das noch optimistisch, weil es für eine Wahrscheinlichkeit von 25 bis 30 Prozent steht, dass die fälligen Kredite abgelöst werden. Ende des Jahres 2021 waren das noch 1,08 Dollar. An der Frankfurter Börse liegt die Nachfrage nach ukrainischen Staatsanleihen derzeit bei null.

Hinzu kommt noch, dass diese ukrainischen Staatsanleihen in US-Dollar nominiert sind, der Kurs der ukrainischen Griwna aber von 0,038 US-Dollar im Januar 2022 auf derzeit 0,025 US-Dollar gefallen ist.

Neben den privaten Gläubigern gibt es aber noch das Interesse diverser Regierungen, die im Verlauf der letzten zwei Jahre Kredite an die Ukraine vergeben haben und jetzt fürchten, gegenüber den privaten Gläubigern ins Hintertreffen zu geraten, weil sie Zinszahlungen erst ab 2027 erwarten und sich nun Sorgen, dass ihre Mittel verwendet werden, um die privaten Gläubiger zu befriedigen.

Seit zwei Wochen laufen die Verhandlungen der ukrainischen Regierung mit den Gläubigern, bisher ohne Ergebnis. 20 Prozent Verlust auf die Anleihen wurden von den Märkten ohnehin erwartet, die Forderung der ukrainischen Regierung auf Schuldenerlass liegt jedoch nach Angaben von Reuters noch weit darüber.



Die gesamte Staatsverschuldung der Ukraine beläuft sich auf 143,6 Milliarden US-Dollar, allerdings dürften die Kredite, die jüngst etwa über die EU oder die USA vergeben wurden, darin nicht enthalten sein. Real ist kaum anzunehmen, dass in Zukunft ein ukrainischer Staat tatsächlich diese Schulden oder zumindest die Zinsen darauf bezahlt, denn erste Voraussetzung dafür wäre, dass es einen ukrainischen Staat gibt.

Zudem häufen sich inzwischen die Mitteilungen, dass die Einberufungen zu tiefe Löcher in die Reihen der Beschäftigten reißen. Ein Stahlproduzent warb jüngst um weibliche Beschäftigte in der Stahlproduktion. Andernorts kann die Kanalisation nicht mehr in Schuss gehalten werden oder stellen Verkehrsbetriebe ganze Linien ein. Zusätzlich zu den mittlerweile regelmäßigen Stromsperrern dürfte das dafür sorgen, dass die industrielle Leistung weiter sinkt. Da klingt es wie ein schlechter Scherz, wenn der ukrainische Finanzminister erklärt:

*"Starke Armeen müssen durch starke Volkswirtschaften gestützt werden, um Kriege zu gewinnen."*

Sofern die großen Gläubiger der Ukraine nicht bereits ihre Verluste aus diesen Anleihen durch Gewinne bei den Unternehmen der westlichen Rüstungsindustrie ausgeglichen haben, dürfte die Fortsetzung der Verhandlungen nicht einfach werden. Schließlich bestünde dann das Hauptinteresse darin, überhaupt noch einen Teil der Kreditsumme zurückzuerhalten, ehe der Rest vollständig abgeschrieben werden muss. Es ist aber auch nicht völlig auszuschließen, dass sich westliche Regierungen mit der Begründung, man müsse der Ukraine helfen und eine Zahlungsunfähigkeit abwenden, bereit erklären, für die Rückzahlung zu bürgen und damit letztlich auch diese Kosten auf ihre Steuerzahler abzuwälzen.

\* \* \*

## Thüringen: Neue Umfrage sieht absolute Mehrheit für AfD und BSW

<https://freedert.online/inland/209508-thueringen-neue-umfrage-sieht-absolute/>

18.06.2024

**Anfang September wird in Thüringen gewählt. Eine aktuelle Umfrage deutet nun darauf hin, dass die Regierungsbildung kompliziert werden dürfte. AfD und BSW erreichen zusammen fast 50 Prozent. Die Regierungsparteien stürzen weiter ab.**

Zweieinhalb Monate vor der Landtagswahl in Thüringen sieht eine aktuelle Umfrage eine absolute Mehrheit für ein – sehr unwahrscheinliches – Bündnis von AfD und BSW. Laut der Umfrage von Infratest dimap bleibt die AfD mit 28 Prozent stärkste Kraft, muss aber gegenüber der letzten Erhebung im März einen Prozentpunkt abgeben.

Es folgt die CDU, die gleich drei Prozentpunkte auf nun 23 Prozent zulegen kann. Knapp dahinter liegt das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), das sogar sechs Punkte hinzugewinnt und 21 Prozent erhält. Die Linke von Ministerpräsident Bodo Ramelow stürzt von 16 auf 11 Prozent ab. Noch schlechter schneiden die Koalitionspartner SPD und Grüne ab. Die SPD rutscht von neun auf sieben Prozent ab. Die Grünen verlieren einen Punkt und wären mit nur noch vier Prozent nicht mehr im Landtag vertreten.

Die sonstigen Parteien kommen zusammen auf sechs Prozent. Befragt wurden vom Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap im Auftrag des MDR zwischen dem 13. und 16. Juni 1.172 repräsentativ ausgewählte Thüringer. Der für seine russophobe Berichterstattung bekannte Bild-Redakteur Julian Röpcke kommentierte die Umfrage auf X mit den Worten:

"In Thüringen hat Putin jetzt die absolute Mehrheit."

Die Umfrageergebnisse lassen eine schwierige Regierungsbildung erwarten. Keine der derzeit in Bund und Ländern regierenden Konstellationen käme auf eine Mehrheit. Eine Regierungsbildung gegen AfD und BSW wäre ausgeschlossen. Rechnerisch möglich wäre ein Dreierbündnis von CDU, BSW und SPD.

\* \* \*

## **Iron Dome überlistet: Aufnahmen der Hisbollah zeigen strategische Anlagen und Häfen in Israel**

<https://freedert.online/der-nahe-osten/209616-iron-dome-ueberlistet-aufnahmen-hisbollah/>

19.06.2024

**Die Hisbollah lenkte Aufklärungsdrohnen nach Israel. Die Abwehrversuche der israelischen Armee blieben vergeblich. Die Hisbollah-Bilder wurden zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, als der US-Gesandte Hochstein Gespräche im Libanon führte, um eine Waffenruhe zwischen Israel und der Hisbollah zu erzielen.**

Die libanesische Hisbollah hat in einem überraschenden Schritt Aufnahmen aus strategischen Anlagen in Nordisrael am Dienstag veröffentlicht. Die Bilder sollen etwa den Hafen von Haifa und andere wichtige strategische Orte in der Gegend zeigen und von einer Drohne aufgenommen worden sein. Israels Armee teilte auf Anfrage mit, die Berichte zu Hisbollah-Drohnenaufnahmen zu prüfen.

Eine Aufnahme zeigt Infrastruktur, darunter Gebäude des israelischen Rüstungsunternehmens Rafael nördlich von Haifa, in der Luftabwehrraketen für die Systeme Iron Dome hergestellt, montiert und gelagert werden. Eine weitere Aufnahme zeigt die dicht besiedelte Siedlung Kirjat Jam. Diese Bilder wurden an der Küste aufgenommen, ungefähr 26 Kilometer von der libanesischen Grenze entfernt.

Im Hafen von Haifa filmten die Drohnen der Hisbollah Anlegestellen, an denen Schiffe gewartet werden, ein israelisches Marinehauptquartier und ein Gebäude, in dem Waren gelagert werden. Das Filmmaterial zeigt auch einen Militärkomplex, in dem israelische U-Boote stationiert sind, ein U-Boot-Kommandozentrum im Hafen von Haifa und mehrere Kriegsschiffe, darunter die bekannten israelischen Militärschiffe Saar 4.5 und Saar 6. Die Haupthandelsplattform des Haifaer Hafens ist in den Aufnahmen ebenso zu sehen wie das Hauptkraftwerk von Haifa, petrochemische Lagerstätten, Öltanks und der Flughafen von Haifa. Im Video ist zu sehen, dass dort Kampfjets stehen.

Die Drohnen-Aufnahmen wurden zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, als der US-Gesandte Amos Hochstein Gespräche im Libanon führte, um eine Waffenruhe zwischen Israel und der Hisbollah zu erreichen. Nach libanesischen Informationen wollte Hochstein der libanesischen Regierung dabei eine scharfe Warnung vonseiten der Israelis übermitteln.

Womöglich ist das von der Hisbollah veröffentlichte Video als Drohung zu verstehen, dass die proiranische Bewegung die Gebiete im Falle einer Eskalation angreifen könnte. Der israelische *Kan*-Sender sprach von einer "beunruhigenden Dokumentation".

Seit Beginn des Krieges im Gazastreifen vor mehr als acht Monaten kommt es täglich zu militärischen Konfrontationen zwischen der israelischen Armee und der libanesischen Hisbollah im Grenzgebiet zwischen beiden Ländern. Auf beiden Seiten gab es dabei Tote.

Am Mittwoch ist eine Rede des Hisbollah-Chefs Hassan Nasrallah geplant. Grund dafür ist, dass bei israelischen Angriffen vor einer Woche ein ranghoher Kommandeur der Hisbollah getötet wurde. Die Schiitenorganisation reagierte darauf mit massivem Raketenbeschuss auf Ziele in Israel.

\* \* \*

## **Putin: Russland und Nordkorea vereinbaren gegenseitigen Beistand gegen Aggression**

<https://freedert.online/international/209648-putin-russland-und-nordkorea-vereinbaren/>

19.06.2024

**Wladimir Putin hat zum ersten Mal seit 24 Jahren Nordkorea besucht. Der russische Präsident führte Gespräche mit Kim Jong-un und unterzeichnete ein Abkommen, das die Beziehungen zwischen den beiden Staaten für die kommenden Jahre definieren wird.**

Der neue Vertrag über strategische Partnerschaft zwischen Moskau und Pjöngjang sieht gegenseitigen Beistand im Falle einer Aggression gegen einen der Staaten vor. Dies kündigte Wladimir Putin nach dem Gipfeltreffen mit dem nordkoreanischen Staatschef Kim Jong-un an.

Putin wies darauf hin, dass die USA und andere NATO-Staaten unter anderem die Lieferung von Präzisionswaffensystemen mit großer Reichweite sowie F-16-Flugzeugen für Angriffe auf Ziele im Inneren Russlands angekündigt hatten.

"Dies ist nicht nur eine Ankündigung, sondern dies findet bereits statt und das ist eine grobe Verletzung der Einschränkungen, die die westlichen Länder im Rahmen verschiedener internationaler Verpflichtungen übernommen haben", betonte Putin auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Kim.

Das neue Abkommen schließe eine rüstungstechnische Zusammenarbeit zwischen Russland und Nordkorea nicht aus, so Putin. Die beiden Staaten betrieben eine unabhängige Außenpolitik und könnten daher "die Sprache der Erpressung und des Diktats nicht akzeptieren".

Kim kündigte an, dass der unterzeichnete Vertrag einen friedlichen und defensiven Charakter in sich trage, der die Interessen beider Staaten schützen solle. "Ich zweifle nicht daran, dass er zur treibenden Kraft bei der Schaffung der neuen multipolaren Welt wird", fügte der nordkoreanische Staatschef hinzu.

Russland und Nordkorea leisteten weiterhin Widerstand gegen Sanktionen, die der Westen als Instrument für die Aufrechterhaltung seiner Hegemonie in Politik, Wirtschaft und anderen Bereichen nutze, führte der russische Präsident weiter aus.

Der neue Vertrag soll das bilaterale Abkommen über Freundschaft von 1961 ersetzen und die Beziehungen zwischen Moskau und Pjöngjang für die kommenden Jahre definieren.

\* \* \*

## **Neu-Delhi reagiert auf den barbarischen Tod eines indischen Landarbeiters in Italien**

<https://freedert.online/europa/209838-neu-delhi-reagiert-auf-barbarischen/>

20.06.2024

**Ein Landarbeiter wurde angeblich von seinem Arbeitgeber im Stich gelassen, nachdem ihm**

**bei einem Unfall der Arm abgetrennt wurde. Obwohl er noch per Hubschrauber in eine Klinik geflogen wurde, war sein Leben nicht mehr zu retten. Der Fall beschäftigt selbst das italienische Parlament.**

Neu-Delhi hat nach dem Tod eines indischen Arbeiters, der angeblich in der Provinz Latina mit einem abgetrennten Arm am Straßenrand zurückgelassen wurde, die italienischen Behörden kontaktiert.

Satnam Singh hat nach Angaben der Gewerkschaft FLAI CGIL, einer italienischen Organisation für Arbeiter in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie, Heu geschnitten, als ihm eine Maschine den Arm abtrennte. Seine Frau und Freunde riefen die Polizei, und er wurde mit dem Hubschrauber nach Rom geflogen, aber die Ärzte stellten am Mittwoch seinen Tod fest.

Statt Hilfe von seinem Arbeitgeber zu erhalten, erklärte die FLAI CGIL, dass er "wie ein Sack Müll in der Nähe seiner Wohnung abgeworfen worden" sei. Satnam Singh arbeitete, wie AFP berichtete, ohne Papiere in Italien.

Die indische Botschaft erklärte auf X, ihr sei die Tragödie bekannt, und neben der Kontaktaufnahme zu italienischen Behörden bemühe sie sich, Singhs Familie konsularischen Beistand zu leisten.

Die italienische Arbeitsministerin Marina Calderone sagte dem Parlament, der Landarbeiter sei nach dem Unfall in "sehr kritischer Verfassung" im Stich gelassen worden. "Das war ein wahrer Akt der Barbarei", sagte sie laut *AFP* und fügte hinzu, eine Untersuchung sei eingeleitet worden, und drückte die Hoffnung aus, dass die Verantwortlichen bestraft würden.

Die italienische Demokratische Partei beschrieb den Tod Singhs als eine "Niederlage der Zivilisation". "Die abscheuliche Gewalt jener, die ihre Verantwortung verbargen, statt diesem jungen Arbeiter Hilfe zu leisten, hat unvermeidlich seine Überlebenschancen beeinträchtigt", erklärte die Partei laut *AFP*.

Latina, im Süden der italienischen Hauptstadt Rom gelegen, ist die Heimat von zehntausenden indischen Arbeitsmigranten, viele davon Berichten zufolge aus dem Bundesstaat Punjab. 2021 berichtete *AFP*, dass ein anderer indischer Migrant, Balbir Singh, bei einer Polizeirazzia befreit wurde, nachdem er sechs Jahre in einer "sklavenartigen" Lage auf einem Bauernhof in Latina verbracht hatte. Singh soll per Facebook und Whatsapp Vertreter der örtlichen indischen Gemeinde und italienische Menschenrechtsaktivisten um Hilfe gebeten haben.

Viele Inder reisen, von den Versprechungen höherer Löhne verleitet, ins Ausland, um einfache Tätigkeiten zu suchen. Seit Jahresanfang sind etwa 6.000 Inder nach Israel geflogen, um dort die Knappheit an Arbeitskräften seit dem Ausbruch des Krieges in Gaza zu kompensieren. Israel versucht schon länger, palästinensische Arbeitskräfte durch indische zu ersetzen, und im Mai 2023 unterzeichneten Westjerusalem und Neu-Delhi einen Vorabvertrag, nach dem die indische Regierung die Anwerbung ihrer Bürger für die israelische Bauwirtschaft erleichterte.

Anfang des Jahres wurde Patnibin Maxwell, ein indischer Arbeiter aus dem Staat Kerala, in einer israelischen Grenzstadt getötet, laut den Berichten durch eine Rakete, die aus dem Libanon abgeschossen wurde. Nach diesem Unglück riet die indische Regierung ihren Staatsangehörigen in Israel, in sicherere Gebiete auszuweichen.

Nach Angaben des indischen Außenministers gab es 2023 etwa 13 Millionen indische Staatsangehörige im Ausland, darunter "Arbeiter, Fachkräfte und Experten". Auch wenn einige

Arbeiter in Europa unterkommen, arbeiten die meisten im Nahen Osten. Vergangene Woche kamen 46 Inder ums Leben, als in einem Gebäude im Bezirk Ahmadi in Kuwait, in dem vor allem indische Arbeiter wohnen, ein Feuer ausbrach.

Die Arbeitsbedingungen von Arbeitern in der italienischen Landwirtschaft sind immer wieder Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Nicht nur Inder, auch illegale Einwanderer aus Afrika werden vielfach unter primitiven Bedingungen und in Rechtlosigkeit gehalten.

\* \* \*

## Analyse

### US-Hegemonie ist offiziell vorbei

<https://freedert.online/international/209343-us-hegemonie-ist-offiziell-vorbei/>

16.06.2024

**Saudi-Arabien wird das bilaterale Abkommen mit den USA, das den gesamten arabischen Ölhandel in Dollar regelt, nicht verlängern. Für die Saudis wäre es weitaus schwieriger, Gründe für eine Verlängerung zu finden, als erstmals in den "freien Verkehr" einzutreten.**

*Von Sergei Sawtschuk*

Heute werden wir über ein Ereignis sprechen, das einen Wendepunkt in der jüngeren Geschichte zu sein verspricht. In den Medien wurde eine Sensation verkündet: Saudi-Arabien wird das bilaterale Abkommen mit den Vereinigten Staaten, das den gesamten arabischen Ölhandel in Dollar vorsah, nicht verlängern.

Um die Mechanismen der bevorstehenden tektonischen Bewegungen in der Weltwirtschaft zu verstehen, muss man zumindest kurz das historische Gedächtnis auffrischen.

Als der Zweite Weltkrieg 1944 noch in Europa tobte, beeilten sich die Vereinigten Staaten und Großbritannien, den Sieg zu ihren Gunsten zu verbuchen. Ein Jahr zuvor hatten amerikanische Financiers damit begonnen, ein globales Finanzsystem zu entwickeln, das die Vereinigten Staaten zu einem globalen Hegemonen und Aufseher machen sollte, was dann auch tatsächlich geschah. Im Jahre 1944 trafen sich in der Stadt Bretton Woods im Bundesstaat New Hampshire die Vertreter der alliierten Länder. Die amerikanische Delegation wurde durch den Wirtschaftswissenschaftler Harry White vertreten, aus Großbritannien war sein Kollege John Keynes anwesend, die Sowjetunion schickte den stellvertretenden Kommissar für Außenhandel Michail Stepanow. Den Vorsitz führte US-Finanzminister Henry Morgenthau.

Die Amerikaner packten den Stier von Anfang an bei den Hörnern.

Mit dem Hinweis darauf, dass die Vereinigten Staaten über die größten physischen Goldreserven, die mächtigste Wirtschaft und Industrie verfügten und auf ihrem Territorium einfach keine Kriegshandlungen stattfanden, verlangte Washington von den Teilnehmern, den Dollar als einzige Weltreservewährung zu akzeptieren. Das bedeutete, dass künftig alle Waren auf dem Weltmarkt in US-Dollar denominiert sein mussten und der US-Dollar selbst an die Goldreserven und den Goldpreis in den Tresoren des Finanzministeriums gekoppelt werden musste. Die Briten waren mit dieser Finanzstruktur zufrieden, da das Abkommen sofort den Sonderstatus des Pfunds und gesonderte günstige Handelsregelungen vorsah. Die Sowjetunion erhielt lediglich die Verpflichtung, in amerikanische Wertpapiere zu investieren und die amerikanische finanzielle (und damit geopolitische) Hegemonie zu unterstützen. Obwohl sich Stalin der schwierigen Lage der sowjetischen Wirtschaft bewusst war, lehnte er dieses Angebot entschieden ab.

Als Ergebnis des Treffens gründeten die Amerikaner und die Briten den heute allen gut bekannten Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD). Bretton Woods wurde zur Triebfeder für die Entwicklung der US-Wirtschaft, und nun arbeitete praktisch die ganze Welt daran, die US-Währung zu stützen, und Washington konnte tonnenweise Geld drucken, ohne eine Hyperinflation befürchten zu müssen.



Das ging so bis 1971, als der US-Dollar seine Potenziale insoweit ausschöpfte, als die Reserven an physischem Gold einfach zu Ende gingen. Doch die USA waren bereits auf den Geschmack der Weltmacht gekommen und hatten nicht vor, ein bequemes und äußerst profitables System wegen einer solchen "Kleinigkeit" aufzugeben. Aus diesem Grund hob Präsident Nixon den Goldstandard auf, und die Welt trat in die Periode des sogenannten Jamaika-Währungssystems ein, in der der Dollar nicht mehr an das "Gelbmetall" gebunden war, sondern von den Ressourcen der Entwicklungsländer gestützt wurde.

Unter Historikern herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass es die Spirale des Kalten Krieges zum Wandel der Weltwirtschaft führte, als die UdSSR von allen Seiten attackiert werden musste, einschließlich der finanziellen "Erdrosselung" des Landes. Und diese Gelegenheit bot sich.

Im Jahr 1974, als die Finanzkrise die Welt erschütterte, machten die Vereinigten Staaten Saudi-Arabien ein Angebot, das man nur schwer ablehnen konnte. Auf der arabischen Halbinsel waren vor Kurzem fantastische Ölvorkommen entdeckt worden, und das Öl begann seinen Siegeszug als Königin der Energie und verdrängte rasch die Kohle. Die US-Wirtschaft geriet damals ins Stocken und brauchte frisches Blut, um ihr Tempo zu halten – und das war das Öl. Die Vereinigten Staaten boten den Saudis an, ein Abkommen zu unterzeichnen, in dem sich die Amerikaner verpflichteten, Waffen zu liefern, neue Technologien einzuführen und bei der Industrialisierung, Medizin und Bildung zu helfen. Im Gegenzug verlangten sie eine "Kleinigkeit": Die Saudis sollten sich mit Washington über das Ölproduktionsvolumen einigen, es vorrangig an amerikanische Unternehmen verkaufen und die Gewinne in die amerikanischen Staatskassen investieren. Da die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und seinen Nachbarn zu dieser Zeit angespannt waren und die Frage des möglichen physischen Verschwindens des Landes im Raum stand, willigten die Scheichs ein. Das bilaterale Abkommen wurde automatisch alle fünf Jahre verlängert, doch nun hatte Saudi-Arabien anscheinend genug von dem Status als "Amerikas Benzinreservetank".

Und jetzt zum Wichtigsten.

Saudi-Arabien ist heute ein reicher und hoch entwickelter Staat, dessen Erfolg auf den enormen Kohlenwasserstoffreserven beruht, und die dortige Führung irrt sich nicht darin. Die gesamte Welt konnte in den letzten zehn Jahren erkennen, dass Amerika nicht mehr so stark ist und auf seine Meinung "gespuckt" werden kann, was durch das riesige kalte Russland mit der nicht gerade größten Bevölkerung eindeutig bestätigt wird. Gleichzeitig gelingt es den Russen, ihre Wirtschaft trotz einer unglaublichen Zahl ständig neuer Sanktionen und Beschränkungen, die sich vor allem gegen den Öl- und Gassektor richten, zu entwickeln. Der wichtigste geostrategische Verbündete Moskaus ist Peking, das die erste Runde des Handelskriegs mit den USA bereits gewann und auf die zweite Runde in einer viel günstigeren Position als 2017 zugeht.

Saudi-Arabien nähert sich der Normalisierung seiner Beziehungen zu Iran, unter dessen Schirmherrschaft viele bewaffnete Gruppen in der Größenordnung einer ganzen Armee in der Region kämpfen. So schlägt das russisch-chinesische Tandem seit Langem vor, dass Riad die Kaufkraft des Dollars nicht mehr durch seine eigenen Ölfässer stützt, was auch die externen militärischen Bedrohungen für das saudische Königreich drastisch reduzieren würde. Auch die Volksrepublik China, für die die Vereinigten Staaten ein wichtiger Handelspartner sind, entledigte sich in den letzten Jahren aktiv aus US-Staatsanleihen und reduzierte ihre Anlagen von 1,3 Billionen US-Dollar auf 800 Milliarden US-Dollar. Gleichzeitig steigt der Verkauf von arabischen Kohlenwasserstoffen in einem rasanten Tempo, wobei Zahlungsmodelle in Yuan, Yen und Kryptowährungen getestet wurden.

Letzteres ist weitgehend für die aktuellen Ereignisse verantwortlich.

Saudi-Arabien ist seit einigen Jahren Teil des globalen Zahlungssystems CBDC (Multi-Central Bank Digital Currency), das den Handel mit allen gängigen Kryptowährungen ohne Rücksicht auf Dritte ermöglicht. Das Projekt wurde auf der Basis der Reserve Bank of South Africa umgesetzt, wobei sich die Zentralbanken von Israel, Namibia, Frankreich, Bahrain, Ägypten, Jordanien, die EU-Zentralbank, der Internationale Währungsfonds, die Federal Reserve Bank of New York, die Reserve Bank of Australia und die Weltbank anschlossen.

Das von der Zentralbank der Vereinigten Arabischen Emirate, der Bank von Thailand, der Hongkonger Währungsbehörde (Monetary Authority von Hongkong) und der Chinesischen Volksbank geförderte mBridge-Projekt ist seit 2021 ebenfalls erfolgreich in Betrieb.

Dies bedeutet, dass es für Saudi-Arabien beim Auslaufen des fünfzig Jahre alten Abkommens sehr viel schwieriger sein wird, Gründe für eine Verlängerung zu finden, als zum ersten Mal in den "freien Verkehr" zu gehen.

In diesem Zusammenhang sollte man auf einen weiteren Faktor der amerikanischen Politik hinweisen, nämlich die Förderung der "grünen" Agenda. Diese wird sowohl innerhalb der Vereinigten Staaten als auch in jenen Ländern, die das Pech hatten, mit Washington befreundet zu sein, ultimativ durchgesetzt. Ihre aggressivsten Apologeten sind die Demokraten, während die Republikaner dem traditionellen Energiesektor, der sich auf drei Säulen stützt – Kohle, Gas und Öl –, weitaus treuer sind.

Für die Saudis bedeutet eine Fortsetzung der Freundschaft mit Washington neben dem demütigenden Status eines "Benzintanks" die künftige Strangulierung ihrer Schlüsselindustrie, auf der der Staat selbst und sein Reichtum beruhen. Man kann also konstatieren, dass, so wie Nixon seinerzeit das System des Goldstandards zerstörte, so kappte Biden in Verfolgung dieser modischen Agenda die Wurzeln des Petrodollars und verlor damit seinen wichtigsten Lieferanten und seine finanzielle Stütze.

Man könnte sagen, wir leben in interessanten Zeiten.

*Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 16. Juni 2024 zuerst auf RIA Nowosti erschienen.*

\* \* \*

## **Der 5-Minuten-Denkzettel: Russlands Seekriegsflotte übt vor der Ostküste der USA**

<https://freedert.online/international/209413-5-minuten-denkezettel-russlands-seekriegsflotte/>

17.06.2024

**Wenn gute Worte allein nicht reichen, weil man dem russischen Präsidenten vielleicht nicht zuhören wollte, dann helfen gute Worte eventuell, wenn sie von materiellen Argumenten flankiert werden, etwa solchen, wie sie gerade im kubanischen Havanna ankern. Auch heute ist Russland keineswegs nur eine Regionalmacht in Osteuropa.**

*Von Wiktorija Nikiforowa*

Während der russische Präsident Putin dem Westen jüngst noch einmal die Bedingungen für einen Frieden im Ukraine-Konflikt erklärte, manövierten gleichzeitig Kriegsschiffe der russischen Nordflotte nur 180 Kilometer vor Florida. Das ist etwa die gleiche Entfernung wie zwischen Moskau und Kaluga.

Dieses Signal wurde schnell und richtig verstanden. Zuerst gerieten die Briten in Panik. Als am 5. Juni die Fregatte "Admiral Gorschkow", das Atom-U-Boot "Kasan", das Tankschiff "Akademik Paschin" und der Marinerettungsschlepper "Nikolai Tschiker" die britischen Inseln passierten, wurde das ständige Hauptquartier der britischen Marine in Northwood sofort darüber informiert. Von dort wurde Premierminister Rishi Sunak eilig benachrichtigt. Dieser traf sich dann umgehend mit seinem Verteidigungsminister Grant Shapps.

Ein Vertreter des britischen Northwoods-Hauptquartiers in Eastbury nahe London klagte, dass sich russische Kriegsschiffe so oft in der Nähe der britischen Küste aufhielten, "um nach unseren Schwachstellen zu forschen". Britische Boulevardzeitungen jammerten über die angebliche russische Bedrohung und erinnerten daran, dass die atomgetriebenen U-Boote der Jassen-M-Klasse (das Atom-U-Boot "Kasan" gehört zu dieser Klasse) als "die tödlichsten U-Boote der Welt" gelten.

Anschließend begaben sich die russischen Schiffe in den Atlantik und näherten sich bis auf 25 Seemeilen der US-amerikanischen Ostküste. Daraufhin reagierte auch der US-Sicherheitsberater Jake Sullivan mit einer Erklärung, die USA würden die russischen Kriegsschiffe im Auge behalten.

Bis zum 12. Juni hatten die Fregatte "Admiral Gorschkow" und das Atom-U-Boot "Kasan" den Einsatz von Präzisionswaffen und Maßnahmen zur Luftverteidigung in der Nähe der US-Küste geübt. Und am 12. Juni, dem Tag Russlands, ankerte unsere Flottille schließlich in Havanna auf Kuba. Ein großer Andrang Schaulustiger verfolgte die Fregatte "Admiral Gorschkow". Es wurden Selfies mit dem Kriegsschiff als Kulisse fotografiert, russische Flaggen wehten am Himmel und unsere Nationalhymne wurde intoniert. Zur gleichen Zeit traf der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez Parrilla mit dem russischen Außenminister Sergei Lawrow in Moskau zusammen und bekundete ihm die volle Unterstützung Kubas für Russland in der aktuellen Konfrontation mit dem NATO-Block.

In Moskau wurde mehrmals betont, dass diese Manöver der russischen Kriegsschiffe in der Nähe der Grenzen der USA keine Bedrohung darstellen sollen. Es handele sich um Routineübungen, die Russland als größte Seemacht regelmäßig in verschiedenen Regionen der Weltmeere durchführt.

Selbst den westlichen Politikern, die durch ihre eigenen Rufe "Die Russen kommen!" für Warnungen nahezu taub geworden sind, wurde klar, dass der Zweck dieser militärischen Expedition nicht darin bestand, irgendwohin zu ballern. Vielmehr hatte unsere Seekriegsflottille eine andere Aufgabe: die Schwachstellen der angelsächsischen Raketenabwehr zu demonstrieren.

Das erklärt auch die nervöse Reaktion der Briten und US-Amerikaner auf unsere Übungen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion rechneten sie nicht mehr mit der eventuellen Möglichkeit einer realen nuklearen Konfrontation mit einem Gegner von vergleichbarer Stärke. Sie hatten – salopp gesagt – keine Angst mehr, dass sie selbst irgendjemand noch ernsthaft treffen könnte.

Die Briten stellten jedoch bei der jüngsten Überprüfung ihrer Raketenabwehr fest, dass ihre Insel vor modernen Raketen praktisch ungeschützt ist, und fordern in plötzlicher Panik nun ein analoges System wie Israels Iron Dome. Dabei gibt es jedoch immer noch zwei Probleme. Das erste ist, dass sie dafür nicht das nötige Geld haben. Das zweite ist, dass der legendäre Iron Dome die Israelis offenbar nicht vor dem Angriff durch die Hamas im letzten Jahr schützen konnte, die mit kostengünstigen Drohnen und selbstgebauten Raketen erfolgreiche Attacken durchführten.

Und wie sieht es mit der US-Raketenabwehr aus? Die populäre Mythologie besagt ja, dass die Waffen der USA alle "super-duper" seien, wie es der vormalige Präsident Trump einst ausdrückte. Dennoch errechnete das US-Militär selbst, dass die Effektivität – etwa ihres angepriesenen

strategischen US-Raketenabwehrsystems GMD (Ground-Based Missile Defence) – nur 50 Prozent beträgt. Mit anderen Worten: dieses Raketenabwehrsystem funktioniert so, wie es in der Anekdote von der Blondine und dem Dinosaurier geschildert ist – entweder es fängt Raketen ab oder eben nicht.

In Alaska gibt es 44 solche GMD-Komplexe, und in Kalifornien, an der Südgrenze des Landes, gibt es nur 4 davon. Allerdings wurden alle US-Raketenabwehrsysteme zu einer Zeit entwickelt, als Hyperschallwaffen nur ein Traum waren. Heute verfügen sowohl Russland als auch China über ein komplettes Sortiment an Hyperschallwaffen.

Sowohl die Fregatte "Admiral Gorskow" als auch das Atom-U-Boot "Kasan" sind mit Atomwaffen bestückt, aber die "Zirkon"-Marschflugkörper könnten auch ohne nukleare Gefechtsköpfe abgefeuert werden – und so oder so ist es höchst zweifelhaft, dass sie von den USA abgefangen werden können. Was die Briten betrifft, so können die sie zweifellos nicht abfangen.

Natürlich ist das alles kein Säbelrasseln, sondern lediglich eine Erinnerung für unsere Kontrahenten, mit wem sie es beim heutigen Russland zu tun haben. Das ist keineswegs mehr das demoralisierte Land der 1990er Jahre. Es hat heute alle Möglichkeiten, eine souveräne, unabhängige Politik zu verfolgen – sowohl diplomatisch, wirtschaftlich und auch militärisch.

Wenn sich westliche Politiker über die Machtbalance nicht im Klaren sind – und es gibt viele Fragen zu ihren kognitiven Fähigkeiten –, könnten US-amerikanische und britische Militärs ihren politischen Vorgesetzten vielleicht auf verständliche Weise klarmachen, was ihren Ländern im Falle eines umfassenden Konflikts mit Russland droht.

Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Gilbert Doctorow erklärt es im Klartext so:

*"Indem Putin russische Schiffe in die Karibik schickt, macht er dem Westen eine direkte Ansage: wenn die Vereinigten Staaten ihre Raketen in einem Umkreis von zehn bis zwanzig Minuten Anflugzeit bis Moskau oder Sankt Petersburg stationieren,... kann Russland seine Sprengköpfe in der Karibik stationieren – mit fünf bis zehn Minuten Anflugzeit bis Washington. Die USA hätten keine Zeit für Gegenmaßnahmen, und diese Raketen könnten nicht abgewehrt werden".*

Heute ankert unsere Flottille vor Kuba. Man hat das Gefühl, als könnten wir mit guten Worten samt den russischen Zirkon-Marschflugkörpern bei den US-Amerikanern etwas mehr erreichen als nur mit guten Worten.

*Der Artikel ist übersetzt aus dem Russischen und zuerst auf RIA Nowosti erschienen am 17. Juni 2024.*

\* \* \*

## **Russische Aktiva zerstören die Westwirtschaft**

<https://freedert.online/wirtschaft/209527-russische-aktiva-zerstoeren-westwirtschaft/>

19.06.2024

**Die Verbindlichkeiten ausländischer Kreditnehmer an Russland belaufen sich auf etwa 300 Milliarden US-Dollar, wohingegen die Forderungen an russische Schuldner schätzungsweise 400 Milliarden US-Dollar betragen. Eine Beschlagnahmung von Vermögenswerten würde alles aufheben. Ein gutes Geschäft für Moskau.**

*Von Sergei Sawtschuk*

Während sich die ganze Aufmerksamkeit der Weltpresse auf die inhaltsleeren Reden des Schweizer "Friedensgipfels" richtete, spielten sich im Hintergrund viel tiefgreifendere Ereignisse ab. So erklärte US-Finanzministerin Janet Yellen in einer *ABC*-Sendung, dass die Vereinigten Staaten die Verwendung von Erträgen aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten nicht als Diebstahl betrachten würden. Natürlich zugunsten Kiews.

Bevor wir zur weiteren Diskussion übergehen, möchten wir gleich auf zwei Schlüsselpunkte hinweisen: Erstens, um den Vorwurf der prorussischen Voreingenommenheit von vornherein auszuschließen, wurden alle Zahlen und Werte aus westlichen Quellen übernommen. Und zweitens wurden alle Finanzprozesse bewusst vereinfacht, um sie für ein möglichst breites Publikum verständlich zu machen, insbesondere für diejenigen, die keine spezielle Ausbildung und Erfahrung haben.

Zunächst komme ich zu dem Begriff der "im Ausland vorhandenen russischen Vermögenswerte". In den vergangenen zwei Jahren seit dem Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine hat jeder davon gehört, aber nicht jeder versteht, wovon die Rede ist.

## **Erstens**

Die staatliche russische Entwicklungsgesellschaft WEB.RF (Wneschekonombank) definiert sie als Kreditverbindlichkeiten ausländischer Kreditnehmer für von der Sowjetunion und der Russischen Föderation gewährte Kredite. Einfach ausgedrückt handelt es sich dabei um Kredite, die unser Staat ausländischen Käufern gewährt, um eine breite Palette inländischer Waren zu erwerben und damit mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Staatliches Geld unterstützt den realen Sektor unserer Wirtschaft, Finanz- und Bankstrukturen erhalten dafür Zinsen, und da es sich um den Außenhandel eines großen Staates handelt, sind die Zinserträge nicht unerheblich. Zu diesem Begriff gehören auch die Gold- und Währungsreserven, die Gebäude unserer diplomatischen Vertretungen und andere Objekte, die auf die eine oder andere Weise dem russischen Staat gehören, doch der Großteil der Vermögenswerte entfällt auf Kredite.

Nach Schätzungen amerikanischer Finanzinstitute wurden insgesamt etwa 300 Milliarden US-Dollar im Ausland blockiert, aber es sollte klargestellt werden, dass die Formulierung "etwa" "weniger" impliziert. Der Löwenanteil der Vermögenswerte ist im belgischen Finanznetz Euroclear eingefroren. Es ist auf das Clearing (bargeldlose Transaktionen) und die Abwicklung von Wertpapiergeschäften spezialisiert. Der genaue Gesamtbetrag der russischen Vermögenswerte ist zwar nicht bekannt, aber es ist erwiesen, dass sie sich in den Vereinigten Staaten auf fünf bis sechs Milliarden US-Dollar belaufen. Weitere Vermögenswerte befinden sich in Finanzinstituten in Kanada und Japan, aber ihr Anteil an der Gesamtmasse ist unbedeutend.

## **Zweitens**

In der breiten Öffentlichkeit herrscht die Meinung vor, dass das Einfrieren des russischen Staatsvermögens eine unzumutbare Nachlässigkeit und fast schon kriminelle Fahrlässigkeit seitens der russischen Behörden darstellt. Es wird gefragt, wie man dies überhaupt passieren lassen konnte und warum nicht alle Vermögenswerte im Voraus zurückgezogen worden sind. Diese Einschätzung ist ebenso primitiv wie weit entfernt von der Realität.

Man sollte zunächst einmal festhalten, dass es in der Weltgeschichte keine vergleichbaren Präzedenzfälle gab. Ja, es wurden schon Staatsvermögen eingefroren, aber das waren Aktien in einem unvergleichlich kleineren Umfang. Unter anderem sollte man bedenken, dass diese Finanzmarktprozesse in direktem Zusammenhang mit rein militärischen Ereignissen stehen. Zur

Erinnerung: Der Beginn der militärischen Sonderoperation war ein absoluter Schock für die ganze Welt, d. h. unsere Feinde haben die umfangreiche militärische Ausbildung verschlafen, die Anhäufung von militärischen Kräften und Mitteln, ihre Komplettierung und ihren Einsatz an den Aufmarschlinien, was es ermöglicht hat, riesige Gebiete zu besetzen, die nun zu neuen Regionen des Landes wurden.

Wenn Moskau beginnen würde, seine Reserven, Währungen und Wertpapiere aktiv zu veräußern, würde dies auf großes Interesse stoßen und weitreichende Schlussfolgerungen nach sich ziehen, denn nur ein sehr naiver Mensch kann glauben, dass westliche Geheimdienste das Marktgeschehen nicht beobachten und keine spezialisierten Berater haben. Es sollte auch erwähnt werden, dass in den vergangenen zwei Jahren unser Währungskorb reformiert wurde und einige unserer Vermögenswerte bereits nach Russland zurückgekehrt sind oder in befreundete Länder transferiert wurden.

### **Drittens – und damit kommen wir zum Kern der Sache**

Die Diskussionen über die Notwendigkeit, russische Vermögenswerte zu beschlagnahmen, dauern fast seit dem ersten Tag der intensiven Kampfhandlungen an und ähneln in ihrer Form rituellen Tänzen mit einem Tamburin. Am aktivsten wird dieses Thema in amerikanischen Finanz- und Politikkreisen diskutiert. Die Amerikaner schieben diese zweifelhafte "Ehre" standardmäßig auf die EU ab, nach dem Motto: Ihr habt die Hauptreserven, also müsst ihr auch handeln. Betrachtet man jedoch ähnliche Erwägungen in der Alten Welt, so fällt auf, dass selbst Politiker dieses Thema nur mit den "Fingerspitzen" anfassen, und die europäischen Finanzinstitute jedes Wort zu diesem Thema mit manischer Sorgfalt überdenken. Und dafür gibt es Gründe.

Zu beachten ist hier die Erklärung von Janet Yellen, mit der unser heutiger Beitrag eingeleitet wurde. Sie betonte, dass die Vereinigten Staaten die Europäische Union nicht bestrafen werden, wenn diese versuche, die auf russische Auslandskredite aufgelaufenen Zinsen zurückzuziehen. Dabei handelt es sich unter anderem um den Betrag von 3 Milliarden US-Dollar, der von den Kreditnehmern für 2023 gezahlt wurde. Es ist wichtig, dass es dabei nur um die Zinsen geht, nicht um die Vermögenswerte selbst. In den jüngsten Äußerungen der G7-Staats- und Regierungschefs wurde die Summe von 60 Milliarden US-Dollar erwähnt, aber es ist nicht ganz klar, woher sie stammt.

Die westlichen Finanzanalysten schreiben, dass selbst wenn (die letzten beiden Worte sollten fett unterstrichen werden) die EU einen solchen Schritt wagen sollte, dies zwar der Ukraine helfen, aber keine tödliche Wirkung auf Russland haben wird. Ganz im Gegenteil.

Während die Westalliierten mit dem Tamburin tanzten, leitete Moskau mehr als zwei Drittel seiner Rohstoffexporte in befreundete Länder um und sicherte sich so Märkte und einen konstanten Zufluss von Währungseinnahmen. Hinzu kommt, dass Russland durch die enge Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene immer weiter von dem an den US-Dollar gekoppelten Handel abrückt und zunehmend auf alternative Währungen umsteigt – in erster Linie auf den Yuan, aber auch auf indische Rupien, türkische Lira und brasilianische Real. Die Transaktionen selbst werden zunehmend über das System zur Übermittlung von Finanzmitteilungen (SPFS) abgewickelt, was auch die Sicherheit gegen Angriffe von außen erhöht.

Und nun das Wichtigste: Warum der kollektive Westen es nicht riskiert, russische Vermögenswerte zu beschlagnahmen, sondern nur die Wahrscheinlichkeit der Zinsnutzung in Betracht zieht.

Wie wir uns erinnern, handelt es sich bei dem Großteil des Auslandsvermögens um Kredite. Während die EU und ihre "Mittäter" etwa (weniger als) 300 Milliarden US-Dollar blockierten,



betragen die Schulden russischer Kreditnehmer bei westlichen Gläubigern mehr als 300 Milliarden US-Dollar. Niemand kennt den genauen Betrag, doch nach den gleichen westlichen Schätzungen belaufen sich die Gesamtverbindlichkeiten unserer Unternehmen auf annähernd 400 Milliarden US-Dollar.

Zur Vereinfachung: Eine Person schuldet uns 300, und wir schulden ihr etwa 400.

Durch die Beschlagnahme von Vermögenswerten werden automatisch alle externen Verbindlichkeiten der russischen Marktteilnehmer aufgehoben. Und wenn bis zu diesem Moment ein indirekter Austausch stattfand, bei dem ausländische Vermögenswerte aus unserem Land abgezogen und im Gegenzug die Blockade aufgehoben wurde, wobei Russland einen Teil seiner Finanzen zurückbekam, wird dieses System jetzt nicht mehr funktionieren. Die westlichen Gläubiger werden einen uneinbringlichen Nettoverlust von fast 100 Milliarden US-Dollar erleiden.

Nach dem Energieerhaltungssatz bedeutet ein Verlust westlicher Finanzorganisationen einen ähnlichen Gewinn für russische Kreditnehmer, die sich in der Regel in Staatsbesitz befinden. Wenn dies geschieht, erhält die russische Zentralbank die Möglichkeit, für die genannten 100 Milliarden US-Dollar den Rubel zu emittieren (zu drucken). Dies wird nicht nur keine Inflation auslösen, sondern durch die Verringerung der Währungsreserven auch zu einem Anstieg des Nettoinlandsvermögens führen. Einfach ausgedrückt: Die russische Binnenwirtschaft wird noch stärker und ihre Basis stabiler. Und all dies auf Kosten direkter westlicher Verluste.

Deshalb wird ständig von der Notwendigkeit gesprochen, Vermögenswerte zu beschlagnahmen und an die Ukraine zu übergeben, aber in der Praxis liegen die russischen Vermögenswerte auf belgischen Konten, auf denen ständig Zahlungen und Zinsen eingehen, und niemand wagt es, die Büchse der Pandora im Wert von 100 Milliarden US-Dollar zu öffnen. Zwar dürfen die Politiker alles sagen, was sie wollen, aber die globalen Banker zählen jeden Cent.

*Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 18. Juni 2024 zuerst auf RIA Nowosti erschienen.*

\* \* \*

## **Putins Besuch in Nordkorea: Neue Sicherheitsstruktur auf der eurasischen Landmasse**

<https://freedert.online/asien/209636-putins-besuch-in-nordkorea-neue/>

19.06.2024

**Die USA arbeiten aktuell daran, das Konzept der NATO auf den Fernen Osten auszuweiten. Das neue Abkommen zwischen Nordkorea und Russland sieht "gegenseitigen Beistand" im Falle einer "Aggression" vor. Moskau plant derzeit, eine neue Sicherheitsstruktur als Gegenkonzept auf der eurasischen Landmasse zu errichten.**

*Von Armin Schmitt*

Der russische Präsident Wladimir Putin und der nordkoreanische Staatschef Kim Jong-un besiegelten bei ihrem Gipfeltreffen in Pjöngjang eine umfassende strategische Partnerschaft, um ihre wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit auszubauen und eine gemeinsame Front gegen den Westen zu bilden. Putin bezeichnete das Abkommen als "neues Grundlagendokument, das die Basis unserer langfristigen Beziehungen bilden wird." In einem Gastbeitrag erklärte Putin im Vorfeld des Treffens in den nordkoreanischen Medien, dass beide Länder ihre Zusammenarbeit auf eine "neue Stufe" stellen werden. Aber er deutete auch an, dass die Sicherheitspolitik dabei eine wichtige Rolle spielt. Russland plane, eine "gleichberechtigte und unteilbare" Sicherheitsstruktur

auf der eurasischen Landmasse zu errichten.

Die Ausweitung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen den USA, Südkorea und Japan dürfte vor allem Kim veranlasst haben, seine Beziehungen zu Russland und zu weiteren Rivalen des Westens wie Iran zu vertiefen. Russland und Iran befinden sich in der Ukraine bzw. im Gazastreifen im Konflikt mit den USA und ihren Verbündeten. Die Vereinigten Staaten arbeiten aktuell daran, das Konzept der NATO auf den Fernen Osten auszuweiten.

Zu Beginn der Gespräche am Mittwoch lobte Putin die nordkoreanische Führung für die Unterstützung der russischen Militäroperation in der Ukraine, die Teil des "Kampfes gegen die imperialistische Hegemonialpolitik der USA und ihrer Satelliten gegen die Russische Föderation" sei.

Putins Besuch findet inmitten westlicher Spekulationen über ein Rüstungsabkommen statt, in dessen Rahmen Nordkorea Russland Munition für den Ukraine-Krieg im Gegenzug für wirtschaftliche Unterstützung und Technologietransfers liefert. US-amerikanische und südkoreanische Beamte beschuldigten den Norden mehrfach, Russland mit Artillerie, Raketen und anderer militärischer Ausrüstung für den Einsatz in der Ukraine zu versorgen, möglicherweise im Gegenzug für militärische Schlüsseltechnologien und Hilfe. Sowohl Pjōngjang als auch Moskau bestreiten die Vorwürfe über nordkoreanisch-russische Waffentransfers.

Kim ist an moderner Militärtechnologie interessiert: an Atom-U-Booten, Hyperschallwaffen und Interkontinentalraketen. Bei ihrem letzten Treffen im September 2023 in Russlands fernem Osten verständigten sich Putin und Kim offenbar darauf, dass Nordkorea Hilfe für sein Satellitenprogramm erhält.

Dass Nordkorea möglicherweise mit russischer Hilfe seine Interkontinentalraketen weiterentwickeln könnte, besorgt der Westen. Denn das Ziel der Nordkoreaner könnte sein, mit solchen Raketen in einigen Jahren die USA zu bedrohen – und so Washington davon abzuhalten, einzugreifen, wenn Nordkorea Südkorea erneut angreift.

Der Partnerschaftsvertrag zwischen beiden Staaten umfasst Putin zufolge gegenseitigen "Beistand" im Falle einer "Aggression" gegen einen der beiden Staaten. Russland schließe "für sich eine militärisch-technische Zusammenarbeit mit Nordkorea" nicht aus, sagte Putin am Mittwoch.

Nordkorea unterliegt wegen seines Waffenprogramms strengen Sanktionen seitens des UN-Sicherheitsrates und westlicher Staaten, während Russland wegen des Ukraine-Krieges ebenfalls von den Vereinigten Staaten und seinen westlichen Partnern mit Sanktionen belegt ist. Der Ukraine-Krieg bietet Nordkorea nun die historische Chance, die Sanktionen des Westens auszuhebeln. Russland durchlöchert das Sanktionsregime des Westens gegen Nordkorea derzeit nicht nur mit seinen mutmaßlichen Waffengeschäften, sondern auch im UN-Sicherheitsrat. Im April verhinderte Russland mit seinem Veto die Verlängerung eines Expertenausschusses, der über die Einhaltung der Sanktionen gegen Pjōngjang wachte. China enthielt sich damals der Stimme. Die USA befinden sich derzeit im Angstmodus, da Nordkorea seine alte Rolle als Waffenexporteur wiederbeleben könnte.

Durch die Vertiefungen der Beziehungen zwischen Russland und Nordkorea könnte Kim das Sanktionsregime des Westens und des UN-Sicherheitsrates einfacher umgehen. Er sei bereit, durch enge Zusammenarbeit "mehr Demokratie und Stabilität in die internationalen Beziehungen zu bringen", schrieb Putin in seinem Gastbeitrag in den nordkoreanischen Medien. "Zu diesem Zweck werden wir alternative, nicht vom Westen kontrollierte Mechanismen für den Handel und die gegenseitige Beilegung von Streitigkeiten entwickeln", versprach er. Das könnte es Nordkorea

ermöglichen, ohne Dollar Handel zu betreiben und aus seiner Isolation nach dem Scheitern des Nordkorea-Gipfels mit Donald Trump 2019 auszubrechen.

\* \* \*

## Meinung

### Der Westen und die Ukraine: Eine Gelegenheit für Diebstahl und Betrug

<https://freedert.online/meinung/209086-der-westen-und-die-ukraine-eine-gelegenheit-fuer-diebstahl-und-betrug/>

15.06.2024

**Jetzt waren es die G7, die beschlossen, die Zinsen auf das eingefrorene russische Vermögen zu stehlen. Ein Schauspiel, das niemanden davon ablenken wird, dass hier eigentlich die EU handelt. Der Schritt passt zu den übrigen undurchsichtigen Geschäften rund um die Ukraine.**

*Von Dagmar Henn*

Die Piraten haben also jetzt zugeschlagen und unter Verwendung der Zinsen der eingefrorenen russischen Vermögenswerte als Sicherheit einen weiteren Kredit an die Ukraine beschlossen. Monate- oder eher jahrelang ist die EU-Bürokratie um diese Gelder herumgeschlichen, hat danach gespäht und debattiert, wie man sie sich doch einverleiben könnte. Nur nach den Erträgen zu greifen, um dann darüber einen vermeintlichen Kredit zu konstruieren, ist gewissermaßen ein Kompromiss zwischen der Brüsseler Gier und den unangenehmen Folgen, die dieser Griff nach sich ziehen könnte.

Und ja, auch wenn das jetzt formal gesehen ein Beschluss der G7 war, also Japan und Kanada hatten mitreden dürfen – der Großteil des Geldes liegt in der EU, weshalb auch dieser Zug nicht davon ablenken wird, wer letztlich dafür verantwortlich ist.

Nur in der Fantasie ist man vor den Folgen geschützt. In den EU-Staaten denkt man sich, weil eben nur die Zinsen auf das eingefrorene fremde Vermögen in Besitz genommen werden, würden andere Staaten darüber hinwegsehen, dass hier ein Diebstahl stattgefunden hat, und trotzdem bedenkenlos ihr Geld weiter in der EU anlegen. Was jedoch nicht passieren wird, schließlich gibt es zunehmend mehr Alternativen. Nur, dass die EU-Granden mit ihrer Teilung der Welt in Garten und Dschungel sich nach Kräften mühen, gar nicht erst wahrzunehmen, was außerhalb des Gartens passiert.

Ein Kredit an die Ukraine ist ohnehin nur eine weitere Variante der Täuschungen, die mit der vermeintlichen Hilfe an dieses Land verknüpft sind. Im Grunde ist jedem Beteiligten klar, dass dies kein Kredit ist, zumindest nicht im Verhältnis zur Ukraine, die es nicht lange genug geben dürfte, um irgendetwas davon abzugelten. Auf dem einen oder anderen Wege werden also die geraubten Erträge eingesetzt werden müssen, um diesen Kredit abzuführen, und der Rest, den es sicher geben wird, landet dann auf der Rechnung der Steuerzahler. Oder, um es konkreter zu machen, in der EU auf der der Deutschen und Franzosen.

Insofern ist die ganze Kreditkonstruktion eine Variante, wie man mit einem Schritt gleich zwei unterschiedliche Gegner abzocken kann: die bösen Russen, die man um die Erträge des Vermögens bringt, und die Bevölkerung in der EU, die ohnehin nur dazu da ist, die Rechnungen zu zahlen und Gehorsam zu üben.

Das passt bestens zu der Art und Weise, wie die Ukraine auch sonst für zwielichtige Finanzmanöver genutzt wird. Wenn in Berlin unter Leitung des deutschen Wirtschaftsministers Robert Habeck ein Kongress stattfindet, bei dem es um den "Wiederaufbau der Ukraine" geht, versteht sich das gewissermaßen von selbst. Die einzige deutsche Firma, die bisher tatsächlich etwas in der

(ehemaligen) Ukraine wieder aufgebaut hat oder an einem Wiederaufbau beteiligt war, wenn auch nur in Gestalt der Lieferung von Beton, Knauf, wird jetzt aus ebendiesem Grund von der EU mit Sanktionen bedroht. Wohnungen für die Menschen in Mariupol sind eben nicht das, was gewünscht ist, selbst wenn sich die EU weigert, den Beitritt von Donezk zu Russland anzuerkennen, es aus ihrer Sicht also eindeutig als Wiederaufbau in der Ukraine gezählt werden müsste.

Das muss man nicht verstehen. Aber was auch immer auf dieser Konferenz geplant und verkündet wird, es folgt letztlich dem gleichen Schema wie all die anderen Pläne, wie dem von Rheinmetall, nicht nur Reparaturwerkstätten, sondern ganze Rüstungsproduktionen in der Ukraine zu errichten. Das Zauberwort in diesem Fall lautet stets Bundesbürgschaft. Was sich in Wirklichkeit so darstellt, dass es im Grunde gleich ist, ob derartige Werke gebaut und in Betrieb genommen werden oder nicht, ob sie zum Ziel von Raketen werden oder nicht, am Ende wird die Rechnung dem deutschen Steuerzahler präsentiert. Rheinmetall und Kumpene nutzen nur die Gelegenheit zum Griff in die Steuerkasse.

Wie ist das mit diesem Skandal um angebliche Klimaschutzprojekte in China? Die werden in der deutschen Presse so erzählt, als hätte China damit zu tun, was es aber nicht hat; es war nur das günstige Gelände für ganz ordinären Betrug. Weil man die Tatsache, dass deutsche Behörden auf keinen Fall auf chinesische Behörden zurückgreifen wollen, um die Ergebnisse zu überprüfen (das ist es, was es bedeutet, wenn geklagt wird, man dürfe das selbst nicht tun), ein wunderbares Schlupfloch bietet, um Geld für Projekte zu kassieren, die es nie gegeben hat. Das ist noch ein Stück raffinierter als das, was in der Ukraine beim Bau der Befestigungen in Charkow passiert ist. Da waren zumindest die Drachenzähne tatsächlich vorhanden, auch wenn sie irgendwo einfach auf Haufen abgekippt wurden; es war also nicht alles an diesem Projekt nur virtuell.

Der "Wiederaufbau" der Ukraine bietet erstklassige Möglichkeiten, die entwickeltere Variante des Betrugs zu praktizieren und das Land rein virtuell, aber auf Kosten des Steuerzahlers, mit Fabriken und allerlei sonstigen Einrichtungen zu übersäen. Die absehbare Niederlage Kiews in der wirklichen Welt macht das ganze Konzept sogar noch ein Stückchen interessanter; schließlich kann man sich hinterher wie im Falle der Projekte in China hinstellen und erklären, leider, leider ließen sich die Ergebnisse nicht überprüfen.

Beide Varianten, der Diebstahl mit angeschlossenem "Kredit" und die Nummer mit dem "Wiederaufbau", teilen einige zentrale Eigenschaften. Sie beruhen auf Handlungen, die eigentlich unter normalen Umständen völlig illegal wären, und sie erfüllen den gleichen Zweck, nämlich weitere Milliarden in die Taschen irgendwelcher Konzerne und Investoren zu schaufeln. Die Ukraine ist da gewissermaßen nur ein unverzichtbarer Umweg, um die wahren Umstände zu verschleiern.

Dass alle derartigen Manöver Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit aller beteiligten westlichen Institutionen massiv schädigen, ist klar. Und die Rolle des Euro im internationalen Handel ist bereits deutlich zurückgegangen, noch einmal stärker als die des US-Dollar. Aber neben der Tatsache, dass immer deutlicher Verhaltensweisen gepflegt werden, die rein gar nichts mehr mit denen des "ehrlichen Kaufmanns" zu tun haben, und Investitionen in die EU mittlerweile nicht nur wegen der schrumpfenden Wirtschaft, sondern auch wegen derartiger Manöver als besonders riskant betrachtet werden, wird, halb im Verborgenen, eine ganz andere Frage aufgeworfen.

Denn wenn man sich daran erinnert, welche undurchsichtige Geschäfte im Zusammenhang mit Corona getätigt wurden, sich an Cum-Ex erinnert und nun dieses Gemisch aus Diebstahl und Betrug betrachtet, das rund um die Ukraine errichtet wird, dann fragt man sich doch, wie schlecht es um die reale Ökonomie denn tatsächlich steht, wenn immer wieder mit derartigen Maschen Geld aus Steuermitteln, also Abzüge von den Einkommen der normalen Bevölkerung, in die verschiedensten

Konzerne gepumpt wird. Nicht, dass es sonst keine Betrügereien gäbe, aber zumindest wurde früher darauf geachtet, dass dadurch nicht gleich die Grundlagen für das Alltagsgeschäft zerstört werden. Was jetzt geschieht, nähert sich einer völligen Preisgabe dieses Alltagsgeschäfts im Interesse eines weiteren finanziellen Raubzugs. Das ist nicht nur Gier. Das ist blanke Verzweiflung.

\* \* \*

## Russland und die NATO treiben auf einen großen Krieg zu

<https://freedert.online/meinung/209279-russland-und-die-nato-treiben-auf-einen-grossen-krieg-zu/>  
15.06.2024

**Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Ukraine-Konflikt zu einem nuklearen Konflikt führen könnte, bei dem es keine Gewinner geben wird. Sollten etwas NATO-Truppen in die Ukraine entsandt werden, um nach einem Durchbruch an der Front die russische Armee aufzuhalten, könnte die Lage unaufhaltsam eskalieren.**

*Von Iwan Timofejew*

Ist es möglich, dass NATO-Streitkräfte direkt in den militärischen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine verwickelt werden könnten? Bis vor Kurzem schien eine solche Frage angesichts der hohen Risiken einer Eskalation der militärischen Konfrontation zwischen dem von den USA geführten Block und Russland zu einem groß angelegten bewaffneten Konflikt sehr hypothetisch. Doch dieses Szenario sollte jetzt ernst genommen werden.

Durch die direkte Beteiligung einzelner NATO-Staaten oder des gesamten Blocks an den Feindseligkeiten könnte die Lage allmählich außer Kontrolle geraten. Die Überschreitung roter Linien könnte zu der Überzeugung führen, dass ein Krieg keine Konsequenzen hätte. Das Ergebnis solcher Bewegungen kann sich zu einem unerwarteten Zeitpunkt manifestieren und zu einer viel gefährlicheren Situation als der jetzigen führen.

Streng genommen sind die NATO-Staaten seit Langem in den Konflikt verwickelt. Dies geschieht in verschiedenen Formen.

Erstens leisten westliche Länder Kiew erhebliche finanzielle und militärische Unterstützung, einschließlich immer fortschrittlicherer und zerstörerischer Waffensysteme. Da die Bestände an sowjetischer Ausrüstung in den Arsenalen der ehemaligen Verbündeten der UdSSR im Rahmen der Warschauer Vertragsorganisation aufgebraucht sind, erhält die ukrainische Armee mehr westliche Systeme und Munition. Bisher waren die Massenerlieferungen durch die Produktionskapazitäten der westlichen Rüstungsindustrie und den Umfang der vorhandenen Bestände begrenzt. Sollten die Feindseligkeiten jedoch länger andauern, könnten die Kapazitäten der Industrie ausgebaut werden.

Auch im Falle einer friedlichen Pause, die es der Ukraine ermöglichen würde, sich auf eine neue Phase der Feindseligkeiten vorzubereiten, sind steigende Waffenlieferungen unvermeidlich. Russland kann kaum darauf hoffen, dass dem Westen der politische Wille und die Mittel fehlen, um die Unterstützung für Kiew zu erhöhen. Moskau scheint sich auf das Worst-Case-Szenario vorzubereiten, d. h. auf eine stetige Erhöhung der umfangreichen und langfristigen Militärhilfe für die Ukraine. Diese Hilfe umfasst nicht nur die Lieferung von Waffen und Munition, sondern auch die Ausbildung von Personal, die Unterstützung bei der Entwicklung der Militärindustrie und der Infrastruktur sowie die Erstattung von Ausgaben in anderen Bereichen, die es der Ukraine ermöglichen, ihre Ressourcen auf den Verteidigungssektor zu konzentrieren.

Zweitens erhält die Ukraine umfangreiche westliche Unterstützung in Form von

nachrichtendienstlichen Informationen, einschließlich technischer Daten von Satelliten, Radargeräten, Aufklärungsflugzeugen usw. Die erhaltenen Informationen ermöglichen ein breites Spektrum von Operationen, von der Erkundung des Einsatzgebietes bis hin zur Identifizierung bestimmter Ziele. Die Datenlieferanten können der ukrainischen Seite selektiv Zugang gewähren. Dass die Daten für militärische Operationen gegen Russland verwendet werden, steht jedoch außer Frage.

Drittens sind Militärspezialisten, die Bürger von NATO-Staaten sind, an Kampfhandlungen beteiligt. Ihre Rolle scheint nicht immer offiziell zu sein. Es kann sich um "Freiwillige" oder einfach um Söldner handeln, bei deren Teilnahme die Behörden ihrer Länder ein Auge zudrücken. Russischen Schätzungen zufolge lag ihre Zahl im Oktober 2023 bei etwa 2.000. Unabhängig davon, ob dies zutrifft oder nicht, steht fest, dass Ausländer auf ukrainischer Seite kämpfen, dass ihre Beteiligung eher systematisch als zufällig ist und dass zumindest einige von ihnen Bürger westlicher Länder sind.

Ihr Engagement hat bisher nicht zu einem übermäßigen Risiko einer direkten militärischen Konfrontation zwischen Russland und der NATO geführt. Für Kiew westliche Partner bedeutet das geringe Tempo des Konflikts, dass sie die Qualität ihrer Unterstützung für die Ukraine schrittweise verbessern können. Die Lieferung von Marschflugkörpern ist seit Langem gang und gäbe. Die Ankunft von US-Kampffjets ist nur noch eine Frage der Zeit. Die russische Armee "zermalmt" die ankommende westliche Ausrüstung. Ausländische Lieferungen an die Ukraine erfordern aber auch eine Konzentration der Ressourcen auf russischer Seite.

Ein bedeutender Eskalationsfaktor, der das Risiko eines direkten Zusammenstoßes zwischen Russland und der NATO erhöhen würde, könnte das Auftauchen von Militärkontingenten der NATO-Mitglieder auf dem Gebiet der Ukraine sein. Die Aussicht auf ein solches Szenario wurde bereits von einigen westlichen Politikern geäußert, obwohl ihre Ansicht von den USA nicht unterstützt wird und keine offizielle NATO-Position darstellt. Eine Reihe führender Politiker der NATO hat sich von der Idee einer Truppenentsendung in die Ukraine distanziert.

Was könnte der Auslöser für eine solche Entscheidung sein, und wie könnte sie umgesetzt werden? Der wahrscheinlichste Faktor für ein direktes Eingreifen einzelner Staaten oder der NATO als Ganzes wäre ein möglicher großer militärischer Erfolg der russischen Armee. Bislang ist die Front relativ stabil geblieben. Aber das russische Militär hat bereits bedeutende lokale Siege errungen, den Druck erhöht, die Initiative ergriffen, die Offensivfront erweitert und möglicherweise Reserven für ein entschiedeneres Vorgehen aufgebaut.

Es gibt keine Anzeichen für eine Wiederholung der ukrainischen Gegenoffensive des letzten Jahres. Berichten zufolge fehlt es Kiew an Munition, obwohl dieses Defizit in Zukunft durch externe Lieferungen ausgeglichen werden könnte. Regelmäßige Angriffe auf russisches Territorium mit Marschflugkörpern, Drohnen und Artillerie verursachen zwar Schäden und Opfer, stören aber nicht die Stabilität der Front.

Außerdem bestärken solche Angriffe Russland in seiner Entschlossenheit, Pufferzonen zu schaffen, d. h. Gebiete, von denen aus Kiew keine Ziele in russischen Regionen angreifen kann.

Ein möglicher Zusammenbruch bestimmter Abschnitte der ukrainischen Front und erhebliche territoriale Vorstöße der russischen Streitkräfte nach Westen werden immer mehr zu einem realistischen Szenario.

Die Tatsache, dass es seit einiger Zeit keine tiefgreifenden Fortschritte und Durchbrüche mehr gegeben hat, bedeutet nicht, dass es in Zukunft keine Möglichkeit mehr gibt. Im Gegenteil, diese



Wahrscheinlichkeit steigt aufgrund der Kampferfahrung der Armee, der Versorgung der Front durch den militärisch-industriellen Komplex, der Verluste auf ukrainischer Seite, der Verzögerungen bei der Lieferung westlicher Ausrüstung usw.

Auch die Fähigkeit der russischen Armee, solche Vorstöße und Durchbrüche zu erzielen, nimmt zu. Ein Katastrophenszenario für einzelne ukrainische Gruppen ist nicht vorherbestimmt, aber wahrscheinlich. Ein größerer Durchbruch der russischen Armee auf Charkow, Odessa oder eine andere Großstadt könnte für die NATO-Länder ein ernsthafter Auslöser sein, die Frage eines Eingreifens in den Konflikt zu konkretisieren. Mehrere solcher Durchbrüche, gleichzeitig oder nacheinander, würden unweigerlich diese Frage aufwerfen.

Hier stehen die einzelnen Länder und der Block als Ganzes vor einer strategischen Weggabelung. Die erste Option besteht darin, nicht zu intervenieren und die Ukraine nur mit militärischer Ausrüstung, Geld und "Freiwilligen" zu unterstützen. Vielleicht die Niederlage einzugestehen und zu versuchen, den Schaden durch Verhandlungen zu minimieren und so eine noch größere Katastrophe zu verhindern. Die zweite Option besteht darin, den Ansatz für die Beteiligung an dem Konflikt radikal zu ändern und eine direkte Intervention zuzulassen.

Diese Intervention könnte verschiedene Formen annehmen. Sie könnte die Nutzung der Infrastruktur beinhalten, einschließlich der Flugplätze der NATO-Staaten. Sie könnte die massenhafte Stationierung bestimmter Kommunikations- und technischer Einheiten sowie von Luftabwehrsystemen bedeuten, ohne dass diese an der Front eingesetzt werden. Ein noch radikaleres Szenario wäre die Stationierung eines Kontingents bestimmter NATO-Staaten an der Grenze zwischen der Ukraine und Weißrussland. Eine noch radikalere Option wäre schließlich die Stationierung von Militärkontingenten aus NATO-Ländern an der Front, was für den Block wahrscheinlich kategorisch inakzeptabel wäre.

Jedes dieser Szenarien beinhaltet einen direkten Zusammenstoß zwischen russischen und NATO-Streitkräften. Eine solche Situation würde unweigerlich die Frage nach einer tieferen Einbindung des Blocks und längerfristig die Verlagerung des militärischen Konflikts auf andere Kontaktgebiete mit Russland, einschließlich des Baltikums, aufwerfen. In diesem Stadium wäre es noch schwieriger, die Eskalation zu stoppen. Je mehr Verluste beide Seiten erleiden, desto mehr wird sich der Strudel der Feindseligkeiten ausweiten, und desto näher werden sie der Schwelle zum Einsatz von Atomwaffen kommen. Und es wird keine Gewinner geben.

Dies sind alles hypothetische Optionen. Aber sie müssen jetzt in Betracht gezogen werden. Denn noch vor nicht allzu langer Zeit erschien das Szenario einer derart umfangreichen militärischen Versorgung der Ukraine niemandem wahrscheinlich. Und auch der Konflikt selbst wurde vor drei Jahren als unwahrscheinlich angesehen. Jetzt ist er eine alltägliche Realität. Die Gefahr, dass es zu einem größeren Krieg zwischen Russland und der NATO kommt, sollte ernst genommen werden.

*Iwan Timofejew ist Programmdirektor des Internationalen Diskussionsklub Waldai, wo der Artikel zuerst veröffentlicht wurde.*

\* \* \*

## **"Offener Brief" von Künstlern gegen die AfD: Betonköpfe statt freier Geister**

<https://freedert.online/meinung/209157-offener-brief-von-kuenstlern-gegen/>

16.06.2024

**Der "Offene Brief" von Künstlern ist ein Aufruf gegen die Demokratie. Pathetisch warnen sie**

## vor der AfD und dem Faschismus und stellen sich in den Dienst des Totalitarismus.

Von Tom J. Wellbrock

Kreativ sind sie. Autark. Nicht für die herrschende Klasse zu gewinnen. Und meistens Querdenker, Freigeister. Lange Zeit hat man sich Künstler so vorgestellt. Natürlich nicht alle, das ist klar. Aber irgendwie gibt es dieses verklärte Bild von Künstlern, und sicher ist auch was dran. Spätestens seit Corona hat diese Art in einem suizidalen Akt mit dem Aussterben begonnen.

Helden in der Propaganda-Gosse

Urban Priol zählte eine Weile zu den besseren Kabarettisten Deutschlands. Bissig, kritisch und immer mit einem Fuß in der Tür der Obrigkeit bot Priol Kabarett auf sprachlich hohem Niveau und mit einer einzigartigen Art des Vortrages. Seine Lieblingsfeindin war Angela Merkel, aber auch sonst teilte Priol mit Vergnügen aus und sprengte zwischendurch immer mal wieder die Grenzen des Sagbaren.

Heute ist Priol bei den Propagandisten angekommen und singt sein Lied gemeinsam mit den Kriegstreibern. Statt kritischer Töne von der Bühne herab bedauert der Mann heute bei Maischberger, damals mal an Friedensdemos teilgenommen zu haben. Würde er heute, da das böse Russland die gute Ukraine angegriffen hat, so nicht mehr machen. Die Frage, ob er heute auch gern mal auf ein paar Russen schießen würde, wurde ihm nicht gestellt. Und man will sich seine Antwort auf diese Frage auch besser nicht vorstellen.

Herbert Grönemeyer wollte einst "Kinder an die Macht" bringen und war ganz und gar mit großen Emotionen unterwegs. In seinem Song "Jetzt oder nie" sang er 1984 (bezeichnendes Jahr):

*"Es tut so gut  
Wenn dir die Seele brennt  
Du auf die Straße rennst  
Und du zeigst, es geht dir nicht gut  
Dass dir der Kopf zerspringt  
Und du weißt, dass du was tun musst*

*Wir werden dosiert zensiert  
Menschen achtlos diffamiert  
Wie eine träge Herde Kühe  
Schauen wir kurz auf und grasen dann gemütlich weiter*

*Das Fernsehen redet uns tot  
Pflanzen sterben an Atemnot  
Wir warten immer zu lange  
Die Zeit rennt weg  
Wir müssen's angehen."*

Heute gehört Grönemeyer selbst zu den Grasenden. Und zu den Rasenden, zu denen, die durch die Welt gelaufen sind und "Corona-Leugner" verunglimpft haben.

Wolfgang Niedeckens "Kristallnacht", vorgetragen mit seiner Band BAP im Jahr 1982, galt lange als die Warnung eines Überzeugungstäters im besten Sinne. Damals sang er:

*"Wenn die Volksseele, allzeit bereit  
Richtung Siedepunkt wütet und schreit*

*'Heil Halali' und grenzenlos geil  
Nach Vergeltung brüllt  
Zitternd vor Neid  
In der Kristallnacht*

*Doch die alles, was anders ist, stört  
Die mit dem Strom schwimmen, wie es sich gehört  
Für die Schwule Verbrecher sind  
Ausländer Aussatz sind  
Brauchen wer, der sie verführt."*

Heute verkörpert Niedecken selbst die grenzenlos geile Volksseele. Man tausche in seinem Text die Schwulen und Ausländer einfach mit den Russen aus, schon passt es wieder. Das Schlimme an Niedeckens Entwicklung ist jedoch die Dummheit, die er dabei zur Schau trägt. Er behauptet allen Ernstes, sich gut informiert und ein tiefes Wissen zum Ukraine-Krieg aufgebaut zu haben. Dabei quasselt er nur nach, was ihm die Kriegstreiber vorbeten, seine Fähigkeit, sich wirklich umfangreich und tiefgreifend zu informieren, gleicht also dem eines Vorschulkindes, das gerade seine ersten Buchstaben lernt.

## Der "offene Brief" von Künstlern und sonstigen schrägen Vögeln

Deutschlands Künstler sind alarmiert! Auf *ntv* ist nachzulesen:

*"Das starke Abschneiden der AfD bei der Europawahl hat viele Menschen in der Kunst- und Kultur-Landschaft offenbar weiter aufgeschreckt. So sprechen sich nun zahlreiche Prominente in einem offenen Brief gegen jedwede Zusammenarbeit mit den Rechtspopulisten aus. Das Schreiben, das an die Parteichefs von CDU/CSU, SPD, Grünen, FDP und Linken gerichtet ist, liegt dem 'Spiegel' vor."*

Zu den Unterzeichnern gehören etwa die Sänger Nico Santos und Ski Aggu, Jennifer-Rostock-Frontfrau Jennifer Weist, die Bands Deichkind und Revolverheld, Moderator Klaas Heufer-Umlauf und Kollegin Ruth Moschner, Komikerin Carolin Kebekus, Autorin Düzen Tekkal, Model Marie Nasemann, Schauspieler Sebastian Schneider und Influencerin Diana zur Löwen. Sie alle steigen ein in die Niedeckensche Denkverweigerung und sagen:

*"Wir fordern von allen demokratischen Parteien Klarheit in dieser Frage: Kompromisse und Mehrheiten sollten zwischen demokratischen Parteien errungen werden – selbst wenn die Meinungen oft weit auseinandergehen", zitiert der 'Spiegel' aus dem Brief. Rechtsextreme dürften nie wieder Macht über politische Entscheidungen haben – 'und sei die konkrete Frage auch noch so klein', heißt es weiter."*

Die Titulierung als "Rechtsextreme" muss als Synonym für den deutschen Totalitarismus bezeichnet werden, denn wenn jede abweichende Meinung als rechtsextrem eingestuft wird, ist die Demokratie bereits vergraben und durch spitze Sargnägel verriegelt worden. Die totalitären Künstler sehen sich im Recht:

*"Wir wollen die Abwärtsspirale durchbrechen. Wir wollen, dass es in keiner Kommune eine Zusammenarbeit mit der AfD oder anderen Rechtsextremen gibt", sagte Mitinitiatorin Janka Schubart dem Magazin. Auch Carolin Kebekus nahm persönlich Stellung. Rechtsextreme würden alles bedrohen, was unsere Gesellschaft ausmache, erklärte sie. 'Wer mit ihnen zusammenarbeitet, legitimiert ihren Hass gegenüber Vielfalt, Offenheit und Toleranz.' Es gebe eine 'historische Verantwortung', sich 'diesem Rechtsruck entgegenzustellen'."*

Historische Verantwortung, das kommt immer gut an. Nur schade, dass die Künstler die historischen Parallelen nicht erkennen, dass sie Vielfalt, Offenheit und Toleranz predigen, während sie deren Abschaffung fordern.

Und: Welche Abwärtsspirale ist eigentlich gemeint? Die, die die AfD eingeleitet hat? Durch Krieg? Neoliberalismus? Armut? Ausgrenzung? Totalitarismus? Kuscheln mit Faschisten in der Ukraine und in Israel? Ach, nein, das war ja gar nicht die AfD, das waren ja die, mit denen man jetzt gemeinsam "gegen rechts" auf die Straße geht.

Ja, in einer Abwärtsspirale befindet sich Deutschland ganz ohne Zweifel. Aber die Verantwortung dafür tragen die Politiker der Parteien, an die die Künstler ihren "Offenen Brief" richten.

Nie um eine ausgewogene und gut durchdachte Analyse verlegen ist auch die Liedträllerin Lena Meyer-Landrut, die nach den Europawahlen in Richtung AfD anmerkte:

*"Peinlich, schrecklich, asozial"*

Auch wenn sie es anders meinte, so lässt sich doch festhalten, dass sie mit dieser Einordnung große Teile der deutschen Künstler-Szene prägnant charakterisiert hat.

*Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Texter, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs neulandrebellen.*

\* \* \*

## **Die unglaublichen Abenteuer von Wladimir Selenskij und seiner "Formel" in der Schweiz**

<https://freedert.online/meinung/209384-unglaublichen-abenteuer-von-wladimir-selenskij/>

16.06.2024

**Wladimir Selenskij ist – so viel lässt sich schon sagen – mit seinen Plänen, die Welt in der Schweiz und hinter der "Friedensformel" seines Namens zu versammeln, grandios gescheitert. Wie es dazu kam und an welche Figur der sowjetischen Literatur er einen erinnert, erklärt unser Kommentar zum "Gipfel vom Bürgenstock".**

*Von Wladimir Kornilow*

Donald Trump bezeichnete am Samstag in Detroit Wladimir Selenskij als "den besten Verkäufer aller Zeiten", weil er es schafft, immer wieder Dutzende Milliarden Dollar aus Amerika abzuziehen.

Wäre Trump mit russischer Literatur vertraut, hätte er wahrscheinlich eine andere Metapher verwendet und Selenskij nach dem Hauptprotagonisten aus den Satireromanen "Zwölf Stühle" und "Das goldene Kalb" einen "großen Kombinator" genannt. Denn wie vor ihm Ostap Bender bedient sich der ukrainische Staatschef "400 relativ ehrlicher Methoden", um der Bevölkerung westlicher Länder Geld abzunehmen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass auch der weithin angekündigte "Friedensgipfel in der Schweiz" so sehr der Gründungsversammlung des "Geheimbundes des Schwertes und der Pflugscharen" ähnelte. Der Trick bestand im Wesentlichen darin, unter einem ehrenwerten Vorwand möglichst viele Spenden einzuwerben.

Es sei daran erinnert, dass Kiew dieses Gipfeltreffen lange vorbereitet hat. Im Januar schon verkündete der damals noch rechtmäßige Präsident der Ukraine, er habe sich mit der Schweiz

darauf geeinigt, einen "Gipfel nach der Friedensformel von Selenskij" abzuhalten, um zu zeigen, "dass die ganze Welt gegen die russische Aggression ist". Seitdem bemühte sich die Ukraine unermüdlich, so viele Länder wie möglich zur Teilnahme zu bewegen, insbesondere diejenigen, die den Globalen Süden unter der Führung Chinas repräsentieren.

Ursprünglich wollte die Ukraine Staats- und Regierungschefs aus mehr als 160 Ländern zu dem Gipfel einladen. Dann wurde diese Zahl immer weiter reduziert, ebenso wie das Engagement einiger Länder. US-Präsident Joe Biden wollte nicht an dem Gipfel teilnehmen und schickte stattdessen Kamala Harris, die noch vor der Verabschiedung des Abschlusskommuniqués abreiste.

Dementsprechend erlaubten sich andere Länder, ministerielle Delegationen zu der protokollarischen Veranstaltung in der Schweiz zu entsenden. Offiziell wurde verkündet, dass Vertreter von 92 Staaten dort versammelt waren, unter denen sich jedoch nur 57 Staatsoberhäupter befanden. Einige der Teilnehmer schickten Botschafter. Doch in Wirklichkeit ist die Situation für die Organisatoren noch bedauerlicher: Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro, der auf der Liste stand, sagte seine Reise in die Schweiz im letzten Moment ab, als er feststellte, dass die Politiker dort für den Krieg und nicht für den Frieden zusammenkamen.

Während der Vorbereitung dieses Gipfels schwanden auch die Vorstellungen der ukrainischen Seite das Ergebnis betreffend. Erinnern wir uns daran, wie Selenskij und sein Team lange Zeit sagten, dass man ihnen, um möglichst viele Länder zu dieser Veranstaltung zu locken, freundlicherweise nicht die gesamte abenteuerliche "Friedensformel", sondern nur einige ihrer Punkte zur Auswahl überlassen würde, dass man sie also wie eine Speisekarte in einem Restaurant behandeln könne. Es ist klar, dass dies nur geschah, um dann zu verkünden: Seht her, einhundertfünfzig führende Politiker der Welt haben Selenskij's Plan unterstützt und die "russische Aggression" verurteilt!

Als dieser primitive Betrug aufflog, begann nicht nur die Zahl der potenziellen Teilnehmer an der Veranstaltung zu schwinden, sondern es lösten sich auch die Klauseln der "Friedensformel" eine nach der anderen in Luft auf. Das ging sogar so weit, dass in einer Version des Abschlusskommuniqués des Gipfels die Erwähnung dieser "Formel" ebenso gestrichen wurde wie der anfängliche Absatz über die "Verurteilung der russischen Aggression". Diese Begriffe wurden dann wieder aufgenommen, aber dem endgültigen Text nach zu urteilen verschwand der Verweis auf die "Aggression" wieder, während dafür ein gewisser Verweis auf die "ukrainische Formel für den Frieden" aufgenommen wurde.

Und so gebar der riesige Berg, den das Kiewer Regime in den Schweizer Alpen errichtete, nicht einmal eine Maus, sondern etwas viel Kleineres. Von den zehn Punkten der "Selenskij-Formel", die eine Kapitulation Russlands mit anschließender jahrhundertelanger Zahlung von Reparationen vorsah, unterzeichnete ein Teil der Versammelten ein amorphes Dokument mit drei Punkten über nukleare und Ernährungssicherheit sowie über den Austausch von Gefangenen und die Rückkehr einiger "illegal verschleppter ukrainischer Kinder".

Da drängt sich die Erinnerung an unseren Klassiker und den "Geheimbund des Schwertes und der Pflugscharen" geradezu auf:

*"Schön formuliert, unter so einer Soße kann man ruhigen Gewissens Geld spenden. Im Falle des Erfolgs – Ehre! Wenn es scheitert und auffliegt, habe ich nur Kindern geholfen, mehr war da nicht."*

Und es spielt keine Rolle, um welche Art Kinder es sich handelt und wohin sie "zurückgeschickt" werden sollen, so die Organisatoren des Gipfels. Schließlich war es dem Spender für Benders "Geheimbund" auch egal, welche Art von Kindern "nach Hilfe schreien", Hauptsache, er konnte

den lästigen "Kombinator" ohne größeres Risiko mit einer kleinen Summe abspesen.

Wenn wir uns daran erinnern, was Selenskij anfangs über seine Pläne sagte, dass sich einzelne Länder seinem "offenen Menü" anschließen sollten, stellt sich heraus, dass sich keiner der in der Schweiz versammelten Teilnehmer dem Absatz über die Verurteilung der "russischen Aggression" anschließen wollte, ganz zu schweigen von der Forderung nach der Zahlung von "Reparationen". Selbst die Vereinigten Staaten und die baltischen Staaten, denen sonst keine Erklärung gegen Russland scharf genug ist, wollten es schlussendlich nicht. Vor allem haben die wichtigsten Länder des Globalen Südens, die sich eher widerwillig zu dem "Gipfel" schleppen ließen, nicht einmal diese dürftige Resolution unterzeichnet. Insbesondere Indien, Brasilien, Saudi-Arabien, Mexiko und Südafrika haben sie nicht unterzeichnet. Mit anderen Worten: Selenskij's Plan ist gescheitert!

Wie es dazu kam, ist eine andere Frage. Dem erbitterten Ringen um die Versionen des Abschlusskommuniqués des Gipfels nach zu urteilen, das von Zeit zu Zeit auftauchte, wurden die Auseinandersetzungen über dieses Thema bis zum Schluss geführt. Es besteht kein Zweifel, dass der russische Präsident Wladimir Putin, der kurz vor dem Schweizer Treffen einen klaren und konkreten Plan zur Beendigung des Ukraine-Konflikts vorschlug, einen erheblichen Einfluss auf diese Auseinandersetzungen hatte.

Anstatt über die "Selenskij-Formel" zu diskutieren, sprachen die Gipfelteilnehmer daher eher über die "Putin-Formel". Meistens natürlich, indem sie sie kritisierten und verurteilten und behaupteten, sie widerspreche angeblich "der UN-Charta" – es war besonders amüsant, dies aus dem Munde von US-Vertretern zu hören, die alle UN-Dokumente und alle Grundsätze der Integrität von Staaten missachten, wenn sie den Interessen Amerikas im Weg stehen.

Nun, Russlands Friedensvorschläge klangen recht klar und präzise. Gleichzeitig hat Putin sowohl zu Beginn der militärischen Sonderoperation gewarnt, dass die Bedingungen härter werden, wenn unser Friedensplan nicht akzeptiert wird, und jetzt hat er betont:

"Wenn Kiew und die westlichen Hauptstädte ihn ebenfalls ablehnen, wie bisher, dann ist es letztlich ihre Sache, ihre politische und moralische Verantwortung für die Fortsetzung des Blutvergießens. Es liegt auf der Hand, dass sich die Realitäten vor Ort, an der Kontaktlinie, weiterhin nicht zugunsten des Kiewer Regimes verändern werden. Und die Bedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen werden (später) andere sein."

Deshalb werden sich die Vertreter der Ukraine beim nächsten "Friedensgipfel", zu dem die Organisatoren angeblich auch Russland einladen wollen, mit Wehmut an die Vorschläge erinnern, die Moskau in dieser Woche unterbreitet und Kiew sofort zurückgewiesen hat.

*Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 16. Juni 2024 auf [ria.ru](http://ria.ru) erschienen.*

\* \* \*

## **Antwort auf Duda: Ukraine wird gerettet, wenn sie von Russland "kolonisiert" wird**

<https://freedert.online/meinung/209428-antwort-auf-duda-ukraine-wird-wenn-sie-von-russland-kolonisiert-wird/>

18.06.2024

**Der polnische Präsident Andrzej Duda hat zu einer Aufteilung Russlands entlang der ethnischen Grenzen aufgerufen. Für seine Argumentation griff er auf Jahrhunderte alte polnische Propaganda-Muster zurück. Das verdient eine Replik.**

Von Wladislaw Sankin

Es ist bekannt, dass der polnische Präsident Andrzej Duda sich durch überbordende Russophobie auszeichnet. Bei der Konferenz "Frieden für die Ukraine" in der Schweiz hat er diesen Ruf bestätigt und eine weitere aufsehenerregende Erklärung in Richtung Russland abgegeben. Als erstes Staatsoberhaupt eines NATO-Landes hat er öffentlich die Aufteilung Russlands entlang der ethnischen Grenzen gefordert.

Die ethnischen Minderheiten sollten sich von der Herrschaft Moskaus befreien und eigene Staaten gründen, sagte er. Das Land beherberge "fast 200 ethnische Gruppen", die "durch die Methoden, die heute in der Ukraine angewandt werden, zu Einwohnern Russlands gemacht wurden." Duda weiter im Wortlaut:

*"Dieser Krieg ist nicht nur brutal und voller Verbrechen, er ist auch imperialistisch und kolonial. Der Kreml versucht, die Ukrainer und ihre Kinder zu Sklaven zu machen, die ukrainischen Ressourcen auszubeuten, ihre Kultur zu zerstören und der Ukraine das Recht zu nehmen, ihren Entwicklungsweg und ihre Sicherheitsgarantien frei zu wählen."*

Auch nannte das polnische Staatsoberhaupt Russland ein "Gefängnis der Nationen". Es sei immer noch das größte Kolonialreich der Welt, das nie den Prozess der Entkolonialisierung, wie etwa der Westen, durchlaufen habe und nie in der Lage gewesen sei, die Dämonen seiner Vergangenheit zu überwinden.

Muss man sich auf so böartige Propaganda eines Russlandhassers überhaupt einlassen und eine Replik schreiben, auch wenn sie von einem Präsidenten bei einem hochrangigen Treffen betrieben wurde? Durchaus. Denn Duda hat für die Ukraine ungewollt einen Rettungsplan vorgeschlagen.

Denn wenn in Russland fast 200 ethnische Gruppen immer noch lebendig sind und ihre Bräuche, Kultur und Sprache frei ausleben können, dann hätten sich die Methoden der russischen "Kolonisierung" doch von dem unterschieden, was Duda beschrieb, und zwar grundlegend.

In keine andere Republik der ehemaligen Sowjetunion wurde so viel investiert, und in keiner anderen Republik wurde so viel Industrie und Infrastruktur gebaut wie in der Ukraine, sodass dieses "Polster" der Ukraine auch nach gut dreißig Jahren Ausplünderung durch Oligarchen und zweieinhalb Jahren Krieg hilft, die Militärschläge Russlands zu überstehen. Wie der Historiker und Imperienforscher Alexei Miller zu sagen pflegt: Die Sowjetunion war zwar ein Imperium, aber ein falsches, ein Imperium "verkehrt herum", dessen "Kolonien" besser gelebt haben als die "Metropole".

Teilweise gilt dies sogar auch für das russische Zarenreich, dem von den bolschewistischen Historikern ungerechterweise der Propaganda-Terminus "Gefängnis der Völker" verpasst wurde. Es reicht zumindest die Lage der Bauern im russischen Kernland "Großrussland" zu erwähnen, deren äußerer Zustand und Lebensstandard nach Einschätzung zahlreicher Beobachter einem Vergleich mit ihren kleinrussischen Brüdern in der Ukraine nicht standhalten konnten.

Auch die von Moskau in den 1920er und Anfang der 1930er Jahre betriebene "Wurzelungspolitik" trug dazu bei, dass in allen Unions- und Nationalrepubliken, auch in denen der Russischen Föderation, die nationale Hochkultur, Literatur, Musik, Volkstanz und Theater mit bolschewistischem Eifer gefördert und im Eiltempo entwickelt wurden – auf Kosten der russischen Sprache und Kultur, die in diesen Jahren als vermeintliche Brut des "großrussischen Chauvinismus" ins Hintertreffen geraten war.



In der Ukraine nahm diese Wurzelungspolitik als Zwangssukrainisierung besonders bizarre Formen an, wobei Millionen von Menschen die Nutzung ihrer russischen Muttersprache praktisch verboten war. Ausgerechnet in der Sowjet-Periode erlebte das ukrainischsprachige Verlagswesen eine regelrechte Blüte, die Zahl und Auflage der gedruckten Bücher und Zeitschriften war überwältigend – ein Zustand, der in den Jahren der sogenannten "Unabhängigkeit" seit 1992 nie wieder erreicht worden ist.

Auch die Bevölkerungszahl spricht eine eindeutige Sprache. In den Perioden des Friedens, als die Ukraine sich innerhalb eines Staates mit einer russischen Hauptstadt entwickelte, wuchs die Bevölkerungszahl in diesen Gebieten beträchtlich. In den Perioden der "Freiheit" von Moskau, sei es während der Bürgerkriege – die sogenannte "Zeit der Trümmer" im 17. Jahrhundert – oder während des ständigen Machtwechsels der Jahre 1917–1920, und schließlich in der Zeit der Unabhängigkeit nach 1992, sank die Zahl der Ukrainer dagegen dramatisch. In ein Land, das augenscheinlich nicht lebenswert ist, möchten nur die Wenigsten ihre Kinder hineingebären.

Die ukrainische volkstümliche Kultur wird in der russischen Wahrnehmung nicht nur mit dunklen, infernalischen Kräften assoziiert (Gogols "Abende auf dem Weiler bei Dikanka"), sondern auch mit der sonnigen, lustigen Seite der Fruchtbarkeit, Völlerei und Hochzeitsbräuche (man vergleiche den spätsowjetischen Zeichentrickklassiker mit Kultstatus "Es war einmal ein Hund" – hier auf Deutsch).

Apropos Hochzeiten. Diesem Ereignis, das am Anfang jeder Familie und der Fortführung der Erbfolge steht, wird in Russland in den letzten Monaten besondere Aufmerksamkeit geschenkt. So fand im Rahmen der Ausstellung "Russland", die nach Art einer EXPO alle 89 russische Regionen (Subjekte der Föderation) vorstellt, das Allrussische Hochzeitsfestival statt. Das Festival war ein Dauerprogramm, im Zuge dessen hunderte Paare während einer Massenveranstaltung die Ehe schlossen und nach den Bräuchen ihrer Regionen oder Volksstämme die Hochzeiten in theatralisierter Form feierten. Natürlich waren viele Kleinstvölker aus dem asiatischen Teil Russlands dabei vertreten.

So werden in Russland auch die Vermehrung dieser Völker und ihre Andersartigkeit gefeiert und propagiert. Gilt das für Opfer Jahrhunderte langer Versklavung und Vernichtung, wie sie Duda behauptet? Wohl nicht. Hätte nur ein kleiner Teil dessen, was der polnische Präsident als Russlands "imperiale Nationalitätenpolitik" bezeichnet, der Wahrheit entsprochen, könnte heute natürlich nicht die Rede sein von den von Duda selbst erwähnten 200 erhalten gebliebenen Völkerschaften. Diesen Widerspruch bemerkt der Propagandist Duda offenbar nicht.

Und während der Westen alles daran setzt, dass immer mehr ukrainische Männer im Kampf gegen eine überlegene Armee verheizt werden und immer mehr Frauen und Kinder aus dem Land fliehen, dessen Güter zudem noch ausverkauft und verpfändet werden, setzt Russland in den befreiten Gebieten sofort Wiederaufbauprogramme auf. Und der Wiederaufbau betrifft nicht nur die Wirtschaft, sondern auch Sprache und Kultur. Diese sollten allerdings nicht mit dem nationalistischen Surrogat verwechselt werden, das als angeblicher Gegensatz zum Russischen künstlich hochgezüchtet wurde.

Die Ukraine mit ihrem Reichtum an Regionen und Völkerschaften kann nur im Rahmen eines größeren Vielvölkerstaates erhalten bleiben. Als Ethnokratie oder monoethnischer Staat mit einer revisionistischen Nationalideologie und stramm prowestlicher Ausrichtung – als notorisches "Anti-Russland" – ist sie bereits gescheitert. Sich mit Menschen wie Duda zu streiten, ist freilich sinnlos. Aber wir können sein Argument ab absurdum führen und im Umkehrschluss sagen: Ja, lasst Moskau "die Methoden, die Russland auf die Einwohner Russlands angewendet hat, in der Ukraine

anwenden" und alles wird für die Ukraine wieder gut sein.

\* \* \*

## Rainer Rupp: NATO-Generalsekretär will jetzt auch in Asien zündeln

<https://freedert.online/meinung/209663-rainer-rupp-nato-chef-will/>

20.06.2024

**In drei Wochen auf dem NATO-Gipfeltreffen in Washington steht die angebliche Bedrohung westlicher Interessen durch China als einer der drei Hauptpunkte auf der Tagesordnung. Die NATO streckt ihre Klauen nun auch in Richtung Asien aus. Mit regionalen Allianzen will sie den USA helfen, Pekings Einfluss einzudämmen.**

*Von Rainer Rupp*

Um auf das bevorstehende Gipfeltreffen der NATO entsprechend einzustimmen, hat deren Generalsekretär Jens Stoltenberg am 17. Juni anlässlich seines Besuchs in Washington, D.C. schon vorsorglich eine deutliche Warnung an die Volksrepublik China gerichtet, weil diese angeblich Russlands Krieg in der Ukraine durch Technologielieferungen unterstütze.

Noch vor seinem Besuch beim US-Präsidenten Joe Biden im Weißen Haus hatte Stoltenberg die Washingtoner Denkfabrik WWICS ("Woodrow Wilson International Center for Scholars" oder kurz "Wilson Center") besucht und dort eine Rede gehalten. Dabei hat er das handverlesene Publikum unter anderem über die drei großen Themen eingeweiht, die das bevorstehende NATO-Gipfeltreffen beherrschen sollen. Punkt eins auf der Tagesordnung sei das Kerngeschäft der NATO: "Abschreckung und Verteidigung". Als Punkt zwei komme "das dringendste Thema" nämlich die Ukraine zur Sprache. Punkt drei wird dann – vor dem Hintergrund der angeblichen chinesischen Bedrohung – dem NATO-Programm "Globale Partnerschaften, insbesondere im indopazifischen Raum" gewidmet sein.

Hier folgen von mir übersetzte Auszüge, was Stoltenberg in seiner einführenden Rede im "Wilson Center" zum dritten Themenschwerpunkt gesagt hat:

*"Der Krieg in der Ukraine zeigt, dass unsere Sicherheit keine regionale, sondern eine globale ist, nicht zuletzt wegen der Unterstützung, die Russland bekanntlich von China und anderen Ländern erhält. Peking stellt High-End-Technologien wie Halbleiter und andere Güter mit doppeltem Verwendungszweck zur Verfügung. Im vergangenen Jahr importierte Russland 90 Prozent seiner Mikroelektronik aus China, die für die Herstellung von Raketen, Panzern und Flugzeugen verwendet wird. China arbeitet auch daran, Russland mit verbesserten Satellitenfähigkeiten und -bildern auszustatten."*

*"All dies ermöglicht es Moskau, mehr Tod und Zerstörung in der Ukraine anzurichten, die russische Rüstungsindustrie zu stärken und die Auswirkungen von Sanktionen und Exportkontrollen zu umgehen."*

Diese Aussage ist in ihrer Einseitigkeit einmalig. Nur von der westlichen Kriegspropaganda zu Omelett verquirelte Gehirne vermögen darin nicht zu erkennen, dass die NATO-Länder die Ukraine nicht nur mit Chips, sondern mit fertigen Hochtechnologiewaffen für Angriffe gegen Russland beliefern. Aber gegen eine solche einfache und offensichtliche Erkenntnis scheinen die westlichen Kämpfer für die Durchsetzung der von den USA nach Belieben veränderbaren "regelbasierten Ordnung" geimpft zu sein. Denn trotz der vom Westen unterstützten unsäglichen Verbrechen der neoliberalen Un-Wertegemeinschaft, etwa derzeit im Gazastreifen, präsentiert sich die

psychopathische Politiker-Elite des Westens als "die Guten". Das ist schlimm genug, aber was sie für die ganze Welt besonders gefährlich macht, ist die Tatsache, dass sie überzeugt sind, die Stärksten zu sein, die auf der Seite von "Engeln" gegen "das Böse" in Gestalt von Russland und China, also Putin und Xi, kämpfen und aus ihrer vermeintlichen Position der Stärke einen großen Weltenbrand provozieren.

Nun weiter im Stoltenberg-Originalton zum Tagesordnungspunkt drei:

*"In der Öffentlichkeit hat der Präsident Xi versucht, den Eindruck zu erwecken, dass er sich in diesem (Ukraine-)Konflikt zurückhält, um Sanktionen zu vermeiden und den Handel in Gang zu halten. Die Realität ist jedoch, dass China den größten bewaffneten Konflikt in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg anheizt. Und gleichzeitig will es gute Beziehungen zum Westen aufrechterhalten. Nun, Peking kann nicht beides haben. Irgendwann – wenn China seinen Kurs nicht ändert – muss es den Preis dafür zahlen.*

...

*Die zunehmende Annäherung zwischen Russland und seinen autoritären Freunden in Asien macht es noch wichtiger, dass wir eng mit unseren Freunden im indopazifischen Raum zusammenarbeiten.*

...

*Daher habe ich die Staats- und Regierungschefs Australiens, Japans, Neuseelands und der Republik Korea zum NATO-Gipfel in Washington im nächsten Monat eingeladen. Gemeinsam können wir die auf Regeln basierende internationale Ordnung aufrechterhalten und unsere gemeinsamen Werte schützen."*

Die Volksrepublik reagierte prompt auf diese Provokation des NATO-Sprechers. In einer für China ungewöhnlich deutlichen Sprache verwies der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Lin Jian auf die "Internationale Gemeinschaft, die ihre eigene Meinung darüber habe, welche Rolle die NATO, das Produkt des Kalten Krieges und das größte militärische Bündnis der Welt in der Ukraine-Krise spielt. Die NATO sollte ihre Handlungen überdenken, anstatt willkürliche verleumderische Angriffe auf China durchzuführen".

Die sogenannte "Internationale Gemeinschaft" ist in der Vergangenheit Jahrzehnte lang vom "kollektiven Westen" propagandistisch missbraucht worden. Wenn sie heute von China als Zeuge in dieser Sache aufgerufen wird, dann bedeutet dies, dass eine große internationale Mehrheit in Gestalt der BRICS-Mitglieder und deren Anwärter hinter China und Russland steht, denn auch diese Staaten wollen sich nicht länger von den USA und deren Vasallen herumschubsen lassen.

Die aktuelle US-Depesche an die Sozialistische Republik Vietnam ist ein aktuelles Beispiel dafür, dass man im Weißen Haus die real existierenden Verschiebungen im globalen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtgefüge entweder ignoriert oder nicht wahrnehmen will. Obwohl die USA Vietnam auf seine Seite gegen China und Russland ziehen will, glauben die US-Politikereliten, die sich immer noch als Herrscher des Universums fühlen, ein Land wie Vietnam herumkommandieren zu können, wie sie es von ihren europäischen Vasallen gewöhnt sind.

Anlass der US-Depesche nach Hanoi waren Berichte über die bevorstehende Reise des russischen Präsidenten Putin nach Vietnam im Laufe dieser Woche. Das hat in Washington, D.C. eine scharfe Reaktion gegen die Außenpolitik dieses ASEAN-Mitglieds ausgelöst. Die Nachrichtenagentur Reuters beruft sich auf eine Äußerung eines Sprechers der US-Botschaft in Hanoi des Inhalts: "Kein Land dürfte Putin eine Plattform bieten, um seinen Angriffskrieg zu fördern und ihm ansonsten die Möglichkeit geben, seine Gräueltaten zu normalisieren. Wenn er frei einreisen kann, könnte dies Russlands eklatante Verstöße gegen das Völkerrecht normalisieren."

Die Herren in Washington, D.C. können einfach nicht über ihren hegemonialen und heuchlerischen Schatten springen: Erstens, weil die USA nicht das Recht haben, Vietnam vorzuschreiben, welche Staatsoberhäupter dieses Land besuchen dürfen und welche nicht, und zweitens, weil keines dieser drei Länder – weder die USA selbst noch Russland noch Vietnam – den vom kollektiven Westen installierten "Internationalen Strafgerichtshof" (IStGH) anerkennt und sich dessen Jurisdiktion unterworfen hat.

Mit dem Verweis, dass Putin nicht "frei reisen" dürfe, beziehen sich die USA auf den im vergangenen Frühjahr unter falschen Vorwänden gegen Putin ausgestellten "Haftbefehl" des IStGH wegen angeblicher Kindesentführung, weil russische Soldaten ukrainische Kinder, die sie ohne Eltern und Verwandte in der Kampfzone aufgegriffen hatten, zunächst nach Russland in Sicherheit gebracht haben. Ukrainische Eltern, die sich seitdem bei den Russen gemeldet haben, haben ihre Kinder wieder zurückbekommen.

\* \* \*

### **Ausweitung der Wehrpflicht in den USA: Vorbereitungen auf den 3. Weltkrieg haben begonnen**

<https://freedert.online/meinung/209585-ausweitung-wehrpflicht-in-usa-us/>

19.06.2024

**Verzweifelte Zeiten erfordern verzweifelte Maßnahmen, wie ein altes Sprichwort besagt. Die Verzweiflung des Westens unter der Führung Washingtons über die katastrophale Lage, mit der Kiew jetzt konfrontiert ist, nimmt immer weiter zu. Jetzt sieht es so aus, als sei Washington bereit, zum ersten Mal seit dem Vietnamkrieg wieder die Wehrpflicht einzuführen. Ist der 3. Weltkrieg nun unvermeidlich?**

*Von Caitlin Johnstone*

Ich denke, wir sollten über die Art und Weise sprechen, wie die NATO-Mächte rasch in Richtung eines heißen Krieges mit Russland eskalieren, während die USA gleichzeitig ihre Wehrpflicht ausweiten, um es einfacher zu machen, mehr US-Bürger zu zwingen, in einem gewaltigen Krieg zu kämpfen.

In einem Artikel mit dem Titel "NATO: 500.000 Soldaten in hoher Bereitschaft für einen Krieg mit Russland" hebt Kyle Anzalone von *Antiwar* die Äußerungen von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg vom Freitag hervor, wonach das Bündnis tatsächlich über eine weitaus größere Anzahl von Truppen verfügt, die es einsetzen könnte, als die 300.000, die es zuvor als Ziel festgelegt hatte.

*"Die Bündnispartner stellen der NATO Streitkräfte in einem Umfang zur Verfügung, den sie seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen haben", sagte Stoltenberg am Freitag. "Heute haben wir 500.000 Truppen in hoher Bereitschaft in allen Bereichen, deutlich mehr als das Ziel, das auf dem Madrider Gipfel 2022 festgelegt wurde."*

Anzalone schreibt dazu Folgendes:

*"Das Bündnis hat sein Ziel erreicht, da seine Mitglieder in den letzten Wochen ihre Unterstützung für Kiew deutlich erhöht haben. Auch die USA und mehrere andere Länder haben kürzlich grünes Licht gegeben, damit die Ukraine ihre Waffen gegen Ziele in Russland einsetzen kann."*

*Die Niederlande und Dänemark planen, Kiew in den kommenden Monaten mit F-16-*

*Flugzeugen zu beliefern, und erklären, dass die modernen Flugzeuge für die Bombardierung Russlands eingesetzt werden könnten. Stoltenberg fügte hinzu, dass er den Politikwechsel begrüße und dass dieser von Russland nicht als Eskalation angesehen werden sollte."*

Dies geschieht kurz nachdem wir erfahren haben, dass die NATO mehrere "Landkorridore" entwickelt, um Truppen an die Frontlinie eines zukünftigen heißen Krieges mit Russland in Osteuropa zu bringen.

Außerdem erfuhren wir von Stoltenberg, dass die NATO erwägt, die Zahl ihrer Atomwaffen in Bereitschaft zu erhöhen, das heißt, dass sie im Falle eines Atomkrieges einsatzbereit sein sollen. Der Sprecher des Weißen Hauses, John Kirby, erklärte gegenüber der Presse bizarrerweise, dass dieser aggressive Schritt nicht als Provokation gegenüber Russland verstanden werden sollte, da die NATO ein "Verteidigungsbündnis" sei.

"Wie kann dies nicht als Provokation oder als Eskalation der Spannungen in Europa empfunden werden?", wurde Kirby zu den jüngsten Äußerungen Stoltenbergs gefragt.

"Wer würde das als Provokation oder Eskalation empfinden?" antwortete Kirby.

"Russland", antwortete der Journalist.

"Oh, Russland. Russland, dasselbe Land, das in die Ukraine einmarschiert ist, die absolut keine Bedrohung für sie darstellte", entgegnete Kirby entrüstet. Und er fügte hinzu:

*"Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis, und die NATO-Länder gehören zu den fortschrittlichsten der Welt, wenn es um militärische Fähigkeiten geht. Und es wäre unverantwortlich und unklug, wenn wir nicht ständig mit unseren NATO-Verbündeten darüber sprechen würden, wie wir sicherstellen können, dass wir unsere gegenseitigen Verpflichtungen in Bezug auf eine Reihe von militärischen Fähigkeiten erfüllen können, und weiter werde ich nicht gehen."*

Zu den dümmsten Dingen, die uns das Imperium heutzutage glauben machen will, gehört, dass die Umzingelung seiner offiziellen Feinde mit existenzbedrohender Kriegsmaschinerie stets als Verteidigungsmaßnahme zu betrachten ist. Als das letzte Mal eine glaubwürdige militärische Bedrohung in der Nähe der US-Grenze auftauchte, reagierte Washington so aggressiv, dass die Welt fast unterging. Doch von Nationen wie Russland und China wird erwartet, dass sie es zulassen, dass die USA und ihre Verbündeten militärische Drohungen in der Nähe ihrer Grenzen anhäufen, ohne dies als Provokation zu betrachten.

Diese und andere beängstigende nukleare Eskalationen mit Russland finden zur gleichen Zeit statt, in der US-Gesetzgeber daran arbeiten, die Wehrpflicht auf Frauen auszuweiten und die Registrierung für Männer zu automatisieren. Was beides dazu beitragen würde, den Bestand an verfügbaren Personen zu vergrößern, die die USA in einen heißen Krieg mit einer großen Militärmacht schicken könnten.

Edward Hasbrouck schreibt für *Antiwar* Folgendes:

*"Das Senatsgremium für bewaffnete Dienste (Senate Armed Services Committee, SASC) hat eine Version des NDAA gebilligt, die eine Ausweitung der Wehrpflicht auf junge Frauen wie auf junge Männer vorsieht. Diese Version des NDAA wird nun als Ausgangspunkt für die Prüfung und Genehmigung durch den gesamten Senat in den Plenarsaal eingebracht."*

*Ebenfalls am 14. Juni hat das gesamte Repräsentantenhaus eine andere Version des NDAA verabschiedet, die eine automatische Registrierung beim Wehrdienst vorsieht, die aber nur für Männer gilt."*

Wie CJ Ciaramella von Reason in einem Artikel über diesen Schritt zur Automatisierung der Wehrpflichtregistrierung erklärt, ist der offizielle Grund für diesen Vorstoß, das System effizienter zu machen, aber "der andere, unausgesprochene Effekt wäre, jungen Männern die Möglichkeit zu nehmen, zivilen Ungehorsam zu leisten." Wenn die US-Kriegsmaschinerie einen neuen schrecklichen Konflikt anzettelt, an den die Zoomer nicht glauben, möchte man es ihnen im Idealfall so schwer wie möglich machen, sich dem Einsatz als Kanonenfutter zu entziehen.

Die Wehrpflicht gehört zu den Dingen, die immer widerlicher werden, je mehr man darüber nachdenkt, vor allem in einer Nation, deren Regierung so kriegerisch und psychopathisch ist wie die der USA. Diese Freaks können sich mit Nationen, gegen die sie nichts ausrichten können, nach Belieben anlegen – und das alles, ohne dass die Öffentlichkeit jemals über ihre Handlungen abstimmen kann. Und dann, wenn es brenzlich wird, können sie sich an einen Haufen Kinder im Teenageralter und Anfang zwanzig wenden und zu ihnen sagen: "Das ist nicht unser Problem, es ist euer Problem. Geht und kämpft, tötet und sterbt für euer Land." Sie können mit ihrer eigenen Rücksichtslosigkeit einen Krieg beginnen und sich dann entspannt zurücklehnen und Martinis schlürfen, während ihre Kinder dabei getötet werden.

Das ist böseartig, das ist hässlich, und es muss aufhören.

*Aus dem Englischen.*

*Caitlin Johnstone ist eine unabhängige Journalistin aus Melbourne, Australien. Ihre Webseite findet sich hier und man kann ihr auf X unter @caitoz folgen.*

\* \* \*

Diese Auswahl von Texten, die RT DE im Juni 2024 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf RT DE keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2024. Alle Rechte vorbehalten.